

Wochentlich 80 Bl., monatlich 3,60 M., im voraus zahlbar, Postbeleg 4,32 M. einschließlich 60 Bl. Postzeitungs- und 72 Bl. Volleinstufiger Zeitung. Zusatzenabonnent 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschlag Porto 0.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“ Ferner: „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bühnenwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-207 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 37386 — Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Stadtnr. 8, Lt. 3 u. Dier-Gel., Depositenk., Jerusalemstr. 63-66.

Donnerstag

9. April 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Nummern kosten 60 Pf. Restausgabe 1.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (ausführlich zum festgedruckten Wort jedes weitere Wort 12 Pf. Tabak u. Tabak-Einzelnummern das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Werte über 15 Schillingen zahlen für zwei Worte. Kleinanzeigen, Zeile 60 Pf. Familienanzeigen 30 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einzahlung 2. wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor!

Sie wollen wiedererfahren...

Berndt und Stöhr versprechen alles, wenn der Reichstag einberufen würde.

Der Versuch der ausgerichteten Rechtsparteien — Deutschnationalen und Polenkreuzler —, den von ihnen sonst geschwänzten und beschimpften Reichstag gerade während seiner eben eingetragenen Vertagung wieder einberufen zu lassen, ist, wie wir schon kurz berichteten, gescheitert, da im Versteherat nur die Vertreter von 228 Abgeordneten von insgesamt 577 Abgeordneten sich für die Einberufung ausgesprochen.

Dieses Ergebnis stellt keine Ueberraschung dar. Immerhin ist es politisch bemerkenswert. Es bedeutet für die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten eine neue Enttäuschung. Sie hatten gehofft, für ihren Vorstoß Unterstützung bei denjenigen Parteien zu finden, mit denen sie zur Zeit gemeinsam das Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtags betreiben. Sie liegen es deshalb in der Sitzung des Versteherats nicht an Hinweisen fehlen, daß die gemeinsame Front in Preußen die Aussicht in sich schließt, alle Bestrebungen zu unterstützen, jene Rotverordnung zu beseitigen, durch die das Volksbegehren beeinträchtigt werden sollte.

Aber alle Anbiederungsversuche blieben erfolglos. An der Einberufung des Reichstags lag der Rechtsopposition um so mehr, als sie seit Wochen dringend nach einer Gelegenheit sucht, baldmöglichst den mit dem Auszug aus dem Reichstag begangenen Fehler wieder gutzumachen. Die Vertreter der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten erklärten daher ausdrücklich, sie hätten im Falle der Einberufung des Reichstags die

festen Absicht, in den Reichstag zurückzukehren!

Die antragstellenden Parteien wußten, daß eine Mehrheit für die sofortige Einberufung des Reichstags schwerlich zu erreichen sein werde. Sie stellten sich deshalb auf den Standpunkt, daß der Teil des Artikels 24 der Reichsverfassung in Anwendung gebracht werden müsse, in dem vorgesehen ist, daß der Reichstag früher einberufen werden müsse, wenn mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder es verlange. Dem wurde entgegengehalten, daß eine solche Auslegung des Artikels 24 nicht nur mit seinem Wortlaut in Widerspruch stehe, sondern auch zu den unmöglichsten Konsequenzen führen müsse. Von allen Staatsrechtslehrern, früher aber auch schon vom Reichstag selbst, ist in ähnlichen Fällen das Recht einer Minderheit auf Herbeiführung der Einberufung des Reichstags nicht anerkannt worden, weil es nur für eine vorher erfolgte Schließung des Tagungsabschnittes gilt. Da der Reichstag zur Zeit seine Tagung nicht geschlossen, sondern seine

Beratungen nur unterbrochen hat und der Termin des neuen Zusammentritts auf den 13. Oktober festgesetzt ist, billigte die Mehrheit die Auffassung des Reichstagspräsidenten, daß nur eine Mehrheit die frühere Einberufung des Reichstags verlangen könne.

Die Sozialdemokratie hat den sofortigen Zusammentritt des Reichstags nicht nur aus formellen, sondern auch aus sachlichen Gründen abgelehnt. Das ist in keiner Weise eine Billigung aller Bestimmungen der letzten Rotverordnung des Reichstagspräsidenten. Die Sozialdemokratie verkennt durchaus nicht, daß die weitgehende

Einschränkung der Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit bedenklich

ist. Sie ist jedoch nach wie vor der Anschauung, daß die unerträgliche Nordhege, die seit Monaten Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedroht und schließlich zu einem permanenten Bürgerkrieg führen kann, nicht länger geduldet werden darf. Die Sozialdemokratie hat deshalb nach den politischen Attentaten in Hamburg geeignete Maßnahmen gegen die Nordhege verlangt.

Es mag zweifelhaft sein, ob die neue Rotverordnung in allen Teilen nur der Bekämpfung der Nordhege dient, oder ob nicht auch andere Bestrebungen, die mit Nordhege oder Verrohung des politischen Kampfes nichts zu tun haben, damit getroffen werden. Wir verlangen, daß solche Absichten unterbunden werden. Entscheidend wird daher für die endgültige Haltung der Sozialdemokratie die praktische Anwendung der Rotverordnung sein. Die politische Freiheit der Staatsbürger, die sich in erlaubten Formen äußert, darf nicht gehindert werden. Angesichts der Fortdauer der Nordhege und der von den extremen Parteien immer noch gesteigerten Verrohung des politischen Kampfes aber ist eine Gegenwehr der demokratischen Republik unerlässlich. Mißbräuche in der Anwendung der Verordnung wird die Sozialdemokratie durch direkte Beeinflussung der zuständigen Staatsorgane zu beseitigen suchen.

In der Mittwochsitzung des Versteherats wurde unter anderem noch festgestellt, daß die Ausschüsse des Reichstags mit Genehmigung des Präsidenten zusammentreten können. Der Untersuchungsausschuß für die Roggenfälschung wird am 22. April zusammentreten. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags ist bei seinem etwaigen Zusammentritt nicht an die Zustimmung des Präsidenten gebunden.

200 000 Arbeitslose weniger.

Die erste Frühjahrsbesserung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Arbeitsuchenden, die Mitte März noch auf ihrem Höchststand von 4 980 000 Personen verharrete, ist in der zweiten Märzhälfte um gut 200 000 zurückgegangen. Der Bericht der Reichsanstalt mit den Einzelheiten der Arbeitsmarktentwicklung liegt noch nicht vor.

Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen hat in diesem Jahr die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes um mehrere Wochen verzögert. Die Entlastung im März vorigen Jahres war daher infolge der günstigen Witterung mit einer Wiederentlastung von rund 300 000 Erwerbslosen erheblich höher.

Fried mit Rückversicherung.

Denkton in Thüringen, Amt in Bayern, Diäten vom Reich!

München, 8. April. (Eigenbericht.)

Fried bediente sofort nach seinem Sturz in Thüringen nach München über. Im bayerischen Innenministerium sieht man nun seinen weiteren Plänen mit einiger Spannung entgegen. Als Fried anlässlich seiner Thüringer Sendung auf seine Stelle als bayerischer Oberamtmann verzichtete, wurde die Öffentlichkeit offiziell davon unterrichtet, daß er endgültig aus dem bayerischen Staatsdienst ausgeschieden sei. Diese Mitteilung entsprach offenbar aber mehr dem Wunsch der Regierung als den tatsächlichen Tatsachen. Denn der „Bayerische Kurier“ berichtet jetzt, daß das an sich nicht unerwünschte Ausscheiden Frieds aus dem bayerischen Staatsdienst seinerzeit zu folgenden inhaltreichen Vereinbarungen geführt hat:

1. Dr. Fried ließ sich das Recht zum Rücktritt in den bayerischen Staatsdienst vorbehalten.
2. Es wurde Dr. Fried die Zulassung gemacht, daß ihm die in thüringischen Staatsdienst zugebrachte Dienstzeit in Bayern angerechnet wird.
3. Es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß sein Dienstverhältnis im Falle der Wiedereinstellung sofort unwiderruflich sei.

4. Herrn Dr. Fried wurde die bisherige Stelle für die Dauer des Reichstagsmandats offengelassen.

Der Putschist des Jahres 1923 kann sich also wirklich nicht darüber beklagen, daß der von ihm verräterische Staat ihn nicht mit der höchstmöglichen Zuverlässigkeit behandelt hat. Eine solche Rückversicherung wird sonst im allgemeinen nur solchen aus dem Staatsdienst scheidenden Beamten gewährt, die sich während ihrer Amtszeit in vorbildlicher Weise geführt haben. Das kann man von dem Putschkaiser Etappenheide Fried nicht behaupten, denn seine Sonderleistungen für den bayerischen Staat bestanden erwießenermaßen nur darin, daß er unter dem Kommando Boehner in der Münchener Polizeidirektion den Nazis in München und Bayern zielbewußt den Weg ebnete und sich im November 1923 aktiv an dem Putsch Hitlers beteiligte, der nach amtlicher Feststellung dem bayerischen Staat nahezu 160 000 Goldmark nebst 4100 Goldmark dauernder Jahresrente kostete. Dazu kommt noch die nicht viel geringere Summe, die dem Reich durch Verwendung der Reichswehr als Auslöser entstanden sind.

Leipzig knappt bei den Armen.

Weil der Reichstag sich verlaate.

Leipzig, 8. April.

Der Rat der Stadt Leipzig hat mit Wirkung vom 8. April ob die Unterstützungsfähigkeit in der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge um zehn Prozent gesenkt. Diese Maßnahme begründet der Rat in erster Linie mit der aus Paragraph 88 der sächsischen Gemeindeordnung ihm obliegenden Verpflichtung, das Gemeindevermögen sorgfältig zu verwalten. Für Leipzig ergibt sich aus der Durchführung dieser Maßnahme eine monatliche Ersparnis von 400 000 Mark. Leipzig ist die erste Großstadt im Reich, die — gestützt auf einen nach jeder Richtung gedrohten Voranschlag — Abbaumaßnahmen dieser Art trifft. Nach Mitteilungen des neugewählten deutschnationalen Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler ist für den Entschluß des Rates, der durch Stadtverordnetenbeschluss noch nicht bestätigt, durch Verfügung aber in Kraft ist, die Tatsache entscheidend gewesen, daß der Reichstag sich verlaate, ohne über die Entzüge des Deutschen Städtebundes, die Gemeinden von den Wohlfahrtslasten zu befreien, Beschluß zu fassen.

Faschistische Hängejustiz.

Das neue Strafgesetzbuch Italiens.

Allen „modernen“ Diktatoren ist gemeinsam, daß sie behaupten, den Volkswillen zu verkörpern, was aber nichts daran ändert, daß sie keine Meinungsfreiheit gewähren und jede kritische Regung auf das schärfste verfolgen. Einen neuen Beweis dafür liefert Mussolini.

Mit dem 1. Juli 1931 tritt in Italien ein Strafgesetzbuch in Kraft, das Sondergesetz vom 23. November 1926 einlegend; dieses Gesetzgebungswerk der Faschisten stellt mehrfach einen Rückschritt dar. Das jetzt abzuschaffende Strafgesetz vom 30. Juni 1889 N. 6183 hat die Todesstrafe in Italien aufgehoben; die höchste Strafe war lebenslangliches Zuchthaus, bei den schwersten Verbrechen durch sieben Jahre ununterbrochener Einzelhaft verhärtet. Diese Verhärtung, Ueberbleibsel der überlebten Theorie, die Verbrecher würden in der Einzelhaft Reue empfinden, wollten Gelehrte und Staatsmänner in der vorfaschistischen Zeit abschaffen und durch Zwangsarbeit ersetzen. Das faschistische Sondergesetz vom 23. November 1926 „zum Schutze des Staates“ führte jedoch die Todesstrafe für einzelne politische Delikte wieder ein und setzte zu diesem Zweck ein Parteigericht aus Offizieren der Faschistenmiliz ein, von denen man keine juristischen Kenntnisse verlangte. Der große Rat der Faschistenpartei hat gerade in diesen Tagen auf Antrag des Vorsitzenden des Sondergerichtes und mit Zusage Mussolinis beschlossen, daß das Parteigericht das Ausnahmegesetz überlebe und ständig werde!

Das neue Gesetz übernimmt vom Ausnahmerecht die Todesstrafe für schwere politische Verbrechen, deren Zahl auf achtundzwanzig gebracht wird. Attentate auf den König und die Königin, den Kronprinzen oder den Regenten und auf Angehörigen der Todesstrafe. Als todeswürdigen Anschlag bezeichnet das neue Gesetz jede Tat, die auch nur entfernt sich mit einer todsbringenden Absicht verknüpft, auch wenn kein Anfang der Vollziehung dieser Absicht gemacht wurde und selbst wenn die Mittel, die zur Anwendung bestimmt wurden, nicht geeignet sind, den beabsichtigten Tod herbeizuführen, wird es wie ein vollzogener Anschlag angesehen und als solcher bestraft!

Das neue Gesetz unterscheidet sonderbarerweise zwischen dem Versuch, einen Bürgerkrieg anzuzetteln (§ 285) und dem Versuch eines Bürgerkrieges mit Plünderung und Blutvergießen (§ 286). Der erste wird mit dreißig Jahren Zuchthaus, der zweite mit dem Tode geahndet! Wenn man die Art bedenkt, wie der Faschismus in Italien ans Ruder gelangt ist und sich jeder gesetzmäßigen Opposition entledigt hat, wenn man nämlich des „Marches auf Rom“ vom Oktober 1922 und der gewaltsamen Besetzung des Parlaments im Jahre 1923 gedenkt, die geschah, um das vom Faschismus gewünschte Wahlgesetz zu erzwingen, wirkt es scharf kontrastierend, mit welcher Strenge das neue Strafgesetz dieselben Handlungen bestraft, wenn andere Parteien sie begehen. Die widerrechtliche Besitzergreifung der öffentlichen Macht wird mit Zuchthaus bis 15 Jahren bedroht (§ 287), die Anwerbung bewaffneter Scharen mit Zuchthaus bis 6 Jahren (§ 288), die Hemmung der verfassungsmäßigen Gewalt mit Zuchthaus bis 10 Jahren (§ 289).

Der alte § 139 verfolgte jede Handlung, die den Zweck hatte, der Ausübung der politischen Rechte der Bürger ein Hindernis in den Weg zu legen; dieser Schutz war unbegrenzt. Der neue § 294 wiederholt diese Bestimmung und verschärft das Strafmaß, aber Justizminister Rocco interpretiert in seinem Berichte, der den Willen des Gesetzgebers ausdrückt und der in der gerichtlichen Verfolgung eines Straffalles berücksichtigt werden muß, diese Bestimmung so: „Der strafrechtliche Schutz der politischen Rechte des Bürgers ist nach anerkannt, aber nur in den Fällen und in den Grenzen, in welchen seine Mitwirkung den Interessen des Staates (Nazi-Faschismus) nicht widerspricht. Das Gesetz, wie alle Gesetze im öffentlichen Recht, berücksichtigt die Interessen des einzelnen Bürgers nur sofern sie als Mittel dienen können, um auf jedem Gebiete die absolute Befähigung und die vollständige Verwirklichung der Staatsinteressen zu erzielen.“ „Der Staat bin ich“, sagt mit Ludwig XIV. auch der Faschismus.

§ 296 führt ein Delikt ein, das bis heute im Strafrecht aller Länder vollständig unbekannt war und dem man schwerlich einen Namen geben könnte. Ein jeder, der die Neugierde verspürt, Ungesegeneheiten zu erforschen, die „die Sicherheit des Staates“ oder auch nur „des politischen Interesse des Staates“ betreffen, auch wenn keine Absicht besteht, aus diesen Nachrichten einen Nutzen zu ziehen, genug, daß es sich um Dinge handelt, die von der Regierung nicht der Öffentlichkeit preisgegeben worden sind oder deren Veröffentlichung die Behörde verboten hat, unterliegt einer Kerkerstrafe von 2 bis 5 Jahren. Dieses Delikt besteht schon beim ersten Versuch, Erkundigungen einzuziehen. § 289 bedroht diejenigen Italiener, die im Ausland über innere italienische Angelegenheiten so sprechen oder schreiben, daß daraus eine Minderung des Prestiges des Staates entstehen könnte, oder die auch nur, in ganz allgemeinem Sinne irgendeine Tätigkeit außerhalb der Grenzen des Landes aus-

Der große Kehrbesen.

Feme-Schutz und Goebbels nehmen Massenausfälle vor.

...den, die geeignet ist, den „nationalen Interessen“ einen Schaden zuzufügen, mit Zuchthaus von fünf bis fünfzehn Jahren und lebenslanglichem Ehrenverlust. Unter diese Bestimmung fallen alle Anführer, die heute im Ausland leben und für die Freiheit ihres Landes kämpfen.

Zu den politischen Delikten gehören auch jene gegen die „öffentliche Wirtschaft, die Industrie und den Handel“. Streiks und Aussperrungen werden im allgemeinen mit Geldbuße bestraft (§ 502), wenn sie aber einen politischen Zweck haben (§ 503), auch mit Kerker; mit Buße oder Gefängnis bis zu einem Jahre werden diejenigen verfolgt, die einen gemeinschaftlichen Arbeitsvertrag nicht einhalten — und hier ist zu bemerken, daß solche Verträge nicht von Arbeiterorganisationen geschlossen werden, sondern von den Vertretern der Syndikate, die von der Regierung ernannt sind, was der Strafe einen ganz besonderen mittelalterlichen Charakter verleiht. Die Berufsverurteilung (§ 507), wenn sie mit einem Streik oder mit einer Aussperrung verbunden, aber nicht von Gewaltanwendung begleitet ist, wird mit drei Jahren Kerker geahndet; wenn aber Gewaltmittel oder auch nur Drohungen vorliegen, kann die Strafe bis sechs Jahre Kerker betragen. Auch diejenigen, die mit eigenen Kräften und ohne Angestellte Handel oder Gewerbe betreiben, werden als Urheber eines Streikes oder einer Aussperrung bestraft (§ 506), wenn sie ihre Arbeit in gemeinsamer Vereinbarung einstellen, um dadurch Vorteile zu erzielen. So z. B. ein Landwirt, der seine Produkte nicht zu den von der Behörde festgestellten Preisen abgeben will und daher, in Vereinbarung mit anderen, sich weigert, den Käufern seine Ware wie zuvor zu liefern. Auch diese Bestimmung bedeutet eine Neuerung selbst vom juristischen Standpunkt aus. Alles ist der Staat, besser gesagt die Partei, die allein das Recht hat, den Staat zu vertreten — nichts das Individuum und dessen Wille.

Auch auf dem Gebiete der politischen Vergehen enthält das neue Gesetzbuch Bestimmungen, die für die innere Lage Deutschlands bezeichnend sind. Jeder Bürger, der bei öffentlicher Gefahr der Behörde seine Mithilfe verweigert, wie auch, wer im Falle eines Aufruhrs sich weigert, die Schuldigen anzugeben, wird mit drei Monaten Gefängnis bestraft (§ 52). Als „Behörde“ gelten in diesen Fällen nicht nur die Polizeibeamten, wie im alten Gesetz, sondern auch ein jeder Miliziant oder auch nur ein einfacher Angestellter, der seinen Eifer der faschistischen Partei gegenüber beweisen will. Es ist leicht ersichtlich, zu welchen Zuständen diese Bestimmungen führen kann, da jeder vor das Dilemma gestellt wird, Angeber und Spitzel zu werden oder ins Gefängnis zu wandern. Gesetzliche Bestimmungen dieser Art gab es um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts unter der Herrschaft der Bourbonen und im Kirchenstaat und man kann wirklich nicht behaupten, daß sie zur Festigung und zur geistigen Entwicklung des Charakters der Bürger beigetragen haben.

§ 74 führt die Geldbuße gegen das Fluchen ein. Als Flüche werden auch alle die Worte betrachtet, die sich gegen die „von der Staatsreligion verehrten Personen“ richten. Da nun das Fluchen eine im Volk sehr verbreitete Gewohnheit ist, kann man damit rechnen, daß dieses neueingeführte Vergehen dem Faschistenstaate recht viel Geld einbringen wird, selbstredend wenn die Schuldigen zahlungsfähig sind; denn im entgegengesetzten Falle wird die Buße in Gefängnis umgewandelt und abgefeht.

Das Preußen-Begehren.

Erzinge Beteiligung in Berlin.

Am dem gestrigen ersten Einzeichnungstage für das Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtages wurden in Berlin insgesamt 19 052 Einzelzeichnungen gezählt, während am ersten Tage des von den gleichen Kräften betriebenen und schließlich verlassenen Volksbegehrens gegen den Young-Plan 20 110 verzeichnet wurden.

Nationalistischer Hehfilm verboten!

Die Folge der Einführung politischer Zensur.

Ein deutschnationaler Werbefilm ist von der Kammer I der Filmstelle im Reichsministerium des Innern verboten worden.

Es handelt sich dabei um denselben Film, der unter dem Titel „Wohin wir streben“ bereits beim Wahlkampf 1923, beim Volksbegehren 1929 und beim Wahlkampf 1929 gelaufen ist. In den Schlußteilen aber ist eine veränderte Fassung vorgelegt worden. In der Begründung der Filmstelle heißt es u. a.: „Der Film beginnt mit Revolutionsbildern. Als Hintergrund der Rot erscheinen anerkannte Führer der Sozialdemokratischen Partei. Im Bilde selbst wird von den „roten Helfern Barnats“ gesprochen. Dieser Wahlfilm erteilt aus in eine Beschimpfung von Personen und eine Beschimpfung der demokratischen Grundlagen der deutschen Republik. Infolge seiner heberischen Verallgemeinerung ergibt sich schon aus seinem Inhalt die Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung.“

Der Sachverständige hat überdies besonders die sekundäre Gefahr der Störung der öffentlichen Sicherheit infolge der politisch besonders erregten Gegenpart betont.

Gegen das Verbot wurde Beschwerde eingelegt. Die Beschwerde wurde jedoch verworfen. Als sich der deutschnationaler Vertreter an den Vorsitzenden mit der Frage wandte, ob nicht durch Befreiung der beanspruchten Stellen der Film zur Freigabe geeignet werde, erfolgte die Antwort: „Nein, der ganze Film ist verboten.“ Daran fügte der Vorsitzende die Bemerkung: „Das ist ein Hehfilm, derartige Filme macht man nicht.“

Die Nationalisten aller Lager haben über die politische Zensur gebührend, als sie sich gegen „Im Westen nichts Neues“ und gegen den sozialdemokratischen Trübsfilm wandte. Jetzt sind sie in der eigenen Schlinge gefangen.

Gerechtliches Schnellverfahren.

Runderlaß des preussischen Justizministers über die Notverordnung.

Durch die Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen ist das Anwendungsgebiet des Schnellverfahrens in Strafsachen erweitert worden. Während bisher das Schnellverfahren nach § 212 StPO. bei Vergehen und Verbrechen an die Voraussetzungen gebunden war, daß der Beschuldigte im vorläufigen Haft oder infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wurde, können alle in der Notverordnung erwähnten Straftaten ohne diese Voraussetzungen abgeurteilt werden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Justizminister die Justizbehörden in einem Erlaß

Dieser man die großspurigen Auftritte auf der Titelseite des „Angriff“, so müßte man glauben, die ganze Stennes-Reutererei sei nur eine Erfindung der „jüdischen Journalisten“, während in Wirklichkeit es nicht lohne, davon zu sprechen.

Wendet man das Blatt, so sieht es anders aus. Auf der zweiten Seite wird unter „Vorstellungsausschlüsse im Reich“ eine Anordnung des „kommissarischen Gruppenführers Ost“, des Feme-Schutz veröffentlicht, die lediglich Ausschlüsse und Reuebefragungen mittelst. Damit es nicht so ausfällt, hat man eine zweite Prospektionsliste, die Goebbels für Berlin aufstellt, schamhaft auf die vierte Seite gerückt, so daß der gläubige „Angriff“-Leser den Schrecken geteilt vorgelegt bekommt. Geteilter Schreck ist halber Schreck!

Aus der Anordnung des Feme-Schutz ergibt man, daß die gesamte bisherige Leitung des Gaukreises Brandenburg, die die Gauen Brandenburg und Ostmark umfaßte, für aufgelöst erklärt wird. Aber nicht nur die Leitung der Gauen Brandenburg und Ostmark, sondern auch die Gauen Schlesien und Mecklenburg werden durch kommissarische Führer neu besetzt, so daß also in diesen vier Ostgauen die bisherigen Führer verschwunden sind. Ferner werden von Schutz ausgeschlossen eine ganze Anzahl „Stafs“ in Pommern, Ostmark und Brandenburg — eine treffliche Illustration der Behauptung des „Angriff“, daß die Stennes-Reutererei lediglich auf Berlin beschränkt gewesen sei!

Goebbels seinerseits schließt fünf bisherige Angestellte des „Angriff“ aus, darunter den bisherigen Betriebsleiter Ehorn und den bisherigen Versandleiter Gunde. Ferner schließt er aus fünf Angestellte der bisherigen Gaugeschäftsstelle sowie ein reichliches Duzend weitere Mitglieder.

Nach Mitteilungen der Stennes-Gruppe gehen die Ausschlüsse noch viel weiter. Der Rechtsanwalt des Polizeihauptmanns a. D. Stennes, Dr. Kurt Becker, teilt der Presse mit, daß in Berlin bereits 900 Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen seien, allein von der bisher 400 Mann starken Sektion Schöneberg seien 280 ausgeschlossen. Feme-Schutz solle sich mit dem Gedanken tragen, die Berliner SA wegen „Unzuverlässigkeit“ gänzlich aufzulösen und neu zu formieren. Weiter behauptet Becker, daß Stennes in den Besitz von Geldmitteln gekommen sei und seine Absicht, ein eigenes Blatt aufzumachen, wahrzumachen gedenke.

Wenn wir auch diese Behauptungen in einzelnen nicht nachprüfen können, so zeigen doch die Prospektionslisten des „Angriff“, daß gerade in der Führerschicht der SA von Berlin und der Ostprovinzen der Aufrührer gegen Hitler sehr viel mehr Boden gewonnen hatte, als die Parteileitung wahr haben will.

Die Landsknechte.

„Bei den Wachenden herrschte eine unglaublich kriegerische Stimmung.“

Die anfängliche Empörung über den Reutererkübel wick bald jener Landsknechtstimmung, die zu einem normalen Lagerbetrieb der SA gehört.

Die Statistiken hatten sich nach einer halben Stunde gefunden. In einer anderen Ecke erwachte der unsterbliche Mikolich. Es herrschte ein rauher, aber herzlichster Ton.

Man lacht viel und gern.

Das Bedrückende der Ereignisse der letzten Stunden ist bald überwunden. Die innerlich gesund gebliebenen SA-Kämpfer zer-

hierauf hingewiesen und gleichzeitig bestimmt, daß die früher für die Durchführung des Schnellverfahrens gegebenen Anordnungen auch weiterhin Anwendung finden. Danach soll ein Beschuldiger im abgekürzten Verfahren namentlich dann zur Aburteilung gebracht werden, wenn er geständig ist oder der Nachweis seiner Schuld durch sofort bereitzustellende Beweismittel geführt werden kann. Erforderlich ist jedoch, daß die Persönlichkeit des Beschuldigten einwandfrei festgestellt und daß seine Verteidigung durch die Anwendung des beschleunigten Verfahrens nicht beeinträchtigt wird.

Der Justizminister hat weiterhin die Vorstandsbeamten der Gerichte und Staatsanwaltschaften ersucht, allen Straftaten wegen Zornüberhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und alle Maßnahmen für die schleunigste Durchführung dieser Strafverfahren zu treffen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Zweck der Verordnung nur erreicht werden könne, wenn eine verhängte Strafe in der Regel unumschließlich vollstreckt werde. Bei Freiheitsstrafen komme eine Aussetzung der Vollstreckung nur dann in Betracht, wenn eine Aussetzung der Vollstreckung nur ganz ausnahmsweise, bei Vorliegen besonderer Umstände, in Betracht. Die Staatsanwaltschaften sind angewiesen, bei ihrer Stellungnahme zur Frage der Strafaussetzung auf Beachtung dieser Gesichtspunkte hinzuwirken.

Rückschritt, liebliche Bewegung...

Braunschweig gegen den 1. Mai.

Braunschweig, 8. April. (Eigenbericht.)

Im Rechtsausschuß des Braunschweigischen Landtags wurde am Mittwoch mit den Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Nazis der 1. Mai seines Charakters als gesetzlicher Feiertag entkleidet. Die Nazis erklärten, daß zwar auch sie den 1. Mai als Feiertag feiern wollen, die gesetzliche Anerkennung müsse aber, da der Tag international sei, befristet werden.

Ausweisung als Ostergeschenk.

Einem reichsdeutschen Journalisten in Polen gesendet.

Gleiwitz, 8. April.

Der seit 1922 in Polen tätige reichsdeutsche Redakteur Paul Solinski ist ausgewiesen worden. Er war zunächst in Bielefeld tätig und vertrat seit 1924 die „Kattowitzer Zeitung“ in Kattowitz. Seit einiger Zeit war er auch Korrespondent reichsdeutscher Zeitungen. Am Osterabend wurde ihm der Ausweisungsbefehl der Wojewodschaft Kattowitz zugestellt, in dem er ohne Angabe von Gründen ausgewiesen wurde, bis zum 8. April das polnische Staatsgebiet zu verlassen, andernfalls zwanngsweller Abreisepass erfolgen werde. Gegen die Ausweisung steht Solinski nur die Beschwerde beim obersten Gericht in Warschau zu, so daß eine Aufhebung der Ausweisung auch bei Erfolg der Beschwerde in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Da der Ausweisungsbefehl

brechen sich nicht lange den Kopf. Nur eins wissen sie sehr genau: Wenn einer kommt, der Hitler beschimpft, der kann sich gratulieren. Eine sehr einfache und probate Lösung des ganzen Problems.“

So schließt der „Angriff“, das Organ dieser Landsknechte, das „Freidag in der Hebenmannstraße“ nach der Wiederbesetzung der Geschäftsstelle durch goebbelsstreue SA. Es ist nichts hinzuzusetzen.

Die Zerbröckelung.

Die Ausschlüsse mit ihrem Drum und Dran zeigen den Grad der inneren Zerfetzung der Hitler-Partei. Sie sind geradezu symptomatisch für die Lage.

In Brandenburg a. d. Havel fand eine geschlossene SA-Versammlung statt; von den anwesenden 420 Leuten erklärten sich 400 für Stennes und nur 20 für Hitler. Dabei ist besonders zu beachten, daß bei der SA-Revolte im letzten Herbst gerade Brandenburg der Hauptstützpunkt der Hitlerstreuen war. In Breslau erklärten sich rund 1500 SA-Leute solidarisch mit ihrem bisherigen und von Hitler ausgeschlossenen Führer Kramer.

Die gesamte Lage hat sich derart verschärft, daß Hitler und Schulz (der neue Ost-Stellvertreter) nunmehr in Ermüdung gleiten, die gesamte SA im Nordosten aufzulösen. Daneben hat Hitler mit sofortiger Wirkung verfügt — was gleichfalls ein beachtenswertes Licht auf die Situation wirft —, daß die SA-Führer, die bisher über den Sonderetat der SA finanziert wurden, nunmehr unmittelbar durch die Parteileitung besoldet werden. Auch die Gehaltsfrage wurden bei dieser Gelegenheit neu bestimmt: ein Standartenführer erhält monatlich 500, ein Ost-Stellvertreter monatlich 800 M. Hitler hofft durch diese Maßnahme, die Abhängigkeit der militärischen Führer der NSDAP von ihm enger zu gestalten.

Gegen Killinger, den Ost-Stellvertreter in Sachsen, ist ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden, weil Killinger dem Danziger SA-Führer Friede noch am 20. März erklärte, er, Killinger, würde der „Münchener Operettendiva“ nicht länger Gefolgschaft leisten und Hitler müsse endlich und endgültig beiseite werden.

Die innere Zerfetzung im Hitlerlager schreitet also lustig fort, trotz des „Sieges“, den Hitler gegen die Rebellen vorläufig erzielt.

Stennes hat am Mittwoch sein Büro in der Matthäikirchstraße geräumt und ein neues Büro von 9 Zimmern in der Nähe der Potsdamer Straße, Am Karlsbad, gemietet. Inzwischen hatte der Hauswirt in der Matthäikirchstraße gegen Stennes eine einstweilige Verfügung erwirkt, derzufolge das von Stennes geleitete Büro sofort geräumt werden mußte. Der Vollstreckung der Verfügung ist Stennes durch den freiwilligen Auszug zuvorgekommen.

Drag verzielt dankend.

Beag. 8. April.

Auf Kabinettsbeschlüß können folgende reichsdeutsche Zeitungen nicht mehr durch die Post bezogen werden, sondern nur als Briefsendung: „Der Angriff“, Berlin; „Nationalsozialistische Briefe“, Berlin; „Nationalsozialistische Monatshefte“, München; „Der Freiheitstempel“ in Dresden und Gommig; „Der Nationalsozialist“, Weimar; „Schlesische Tageszeitung“ und „Der Schlesische Beobachter“, beide in Breslau.

am Sonnabend vor dem Feiertagen zugestellt wurde, hatte Solinski erst unmittelbar vor dem Ablauf der ihm gestellten Frist die Möglichkeit, sich mit dem deutschen Generalkonsulat und anderen Behörden in Verbindung zu setzen. Solinski hat sich zunächst nach Gleiwitz begeben.

Wie verlautet, will die Regierung zum Nationalfeiertage am 3. Mai eine Amnestie in größerem Maßstabe erlassen.

Verbotene Wahrheit über Flugskandale.

Warschau, 8. April.

Vor kurzem stürzte ein Militärflugzeug in die Straßen von Warschau ab, was beiden Piloten das Leben kostete. Am 10. d. M. verhandelt das Obermilitärgericht die Revisionsklage des polnischen Dreanfliegers, Major Kubala, der wegen der von ihm verbreiteten Schriftstücke, die Angriffe auf die Leitung des Militärflugwesens enthielten, angeklagt wurde. In seiner Revisionsklage beschwert sich Kubala darüber, daß ihm die Führung des Wahrheitsbeweises über die unzulängliche Verwaltung des polnischen Flugwesens unmöglich gemacht wurde.

Die litauischen Ausweisungen.

Deutschland unterbreitet sie dem Schiedsgericht.

WTB. meldet: Die litauische Regierung hat in letzter Zeit fünf Reichsdeutsche aus dem litauischen Staatsgebiet ausgewiesen. Diese Ausweisungen waren nach Auffassung der deutschen Regierung gemäß Schlußprotokoll Artikel 1 des deutsch-litauischen Handels- und Schifffahrtsvertrages unzulässig. Da die litauische Regierung es abgelehnt hat, die Ausweisungen zurückzunehmen, hat der deutsche Geschäftsträger in Romn der litauischen Regierung eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung diese Ausweisungsfälle dem vorgeesehenen Schiedsgericht unterbreiten werde.

Professor Ludwig Heyde, bisher Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reform, hat sich wegen Ueberfahung mit akademischen Verpflichtungen genötigt gesehen, dieses Amt niederzulegen, das er seit 1919 als Nachfolger Professor Zimmermanns innegehabt hat. Bereits von einigen Wochen hat Professor Heyde aus dem gleichen Grunde die Leitung des Büros für Sozialpolitik niedergelegt. Der Vorstand der Gesellschaft hat nunmehr beschlossen, die Führung der Geschäfte des Generalsekretärs bis auf weiteres dem Büro für Sozialpolitik zu übertragen, mit dem sie bisher schon verbunden war.

Das französische Konsulat in München ist aufgehoben. Die Konsulatsgeschäfte führt die französische Gesandtschaft (C) in München.

Der neue Sowjet-Militärattaché in Berlin, Sjas Isakowitsch, ist etwa 40 Jahre alt und gebürtiger Ukrainer. Bereits vor dem Weltkrieg war er Infanterieoffizier in der Jarenarmee, dann deutscher Kriegsgefangener. In der Sowjetarmee war er zuletzt Korpskommandeur.

Des Wirtes Töchterlein...

Erstuf des Nazi-Rollkommando. / Nordprozess in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 8. April (Eigenbericht).

Das Schwurgericht Frankfurt a. M. verurteilte zwei Nationalsozialisten, die im Oktober vorigen Jahres einen Kommunisten getötet und vier verletzt hatten, zu den außerordentlich milden Gefängnisstrafen von vierzehn bzw. sechs Monaten. Einer der angeklagten Rowdys wurde sogar freigesprochen.

Wohlschlich wie in Berlin in der Hedemannstraße, richten die Nazis auch im Reich nationalsozialistische Kasernen ein. Nachdem sie erst vor wenigen Wochen in Frankfurt a. M. in der Altstadt ein Haus gemietet haben, das nach außen als „Schlaf- und Speisehaus“ deklariert wurde, erwarben sie jetzt in einem der Firma Lee-Grosch gehörigen Gebäude drei Stockwerke. Mitten in einem Arbeiter- viertel, am Güterpfloß, ist damit eine neue Nazikaserne ausgemacht worden, die tausend Menschen bequem Schlafgelegenheit bieten kann. Zutritt ist hier nur durch große tunnelartige Löffelfahrten zu erhalten. Abgeschlossen von der Straße finden die Nationalsozialisten dort früheren Unterschlupf. Man hat ein Fort, eine Ausfallstellung geschaffen, wie man sie sich besser nicht denken kann. Welchem Zwecke diese „Männerheime“ dienen, zeigte der Tot- schlagsprozess gegen den Nationalsozialisten Seipel und drei seiner Genossen vor dem Frankfurter Schwur- gericht.

Der Fall spielte in der Naziwirtschaft Heun in der Ribbastraße in Frankfurt. Dort saßen um die Mitternachtsstunde des 19. Oktober vorigen Jahres etwa zehn Kommunisten. Sie sangen dann und wann ein Lied. Einer spielte Klavier. Kein Mensch in der Wirt- schaft nahm daran Anstoß. Nur des Wirtes Töchterlein Trude. Sie telefonierte — damals hatte man die beiden Nazikasernen noch nicht — das Nazilokal „Reichsapfel“ an und sagte: „Bei uns sind Kommunisten im Lokal“. Sofort organisierte der SA-Führer Wenner den Angriff. Sechs Autos rasten nach der Ribbastraße. Trude Heun dirigierte die Nazis durch einen hinteren Eingang ins Lokal. Alles ging mit sekundenhafter Schnelligkeit. Sogar ein „diensthabender“ Sanitäter war bei der Sturmfront. Plötzlich stürzten dreißig Nazis in den Schankraum und packten die zehn Kommunisten. Dreißig Biergläser wurden zer- schlagen.

Der Arbeiter Breitenbach erhielt mit einem Bierglas einen Schlag auf den Kopf und brach mit zerknülltem merter Schädeld- ecke zusammen. Zwei Schüsse knallten hinter den stehenden Kommunisten her. Der Nationalsozialist Kirchstein schlug auf den sterbend am Boden liegenden Breitenbach noch mit einem Stuhl- bein ein und schrie: „Hund, verrecke vollends!“ Vier andere Kommu- nisten lagen verletzt zwischen den Tischen. Auch der Wirt beteiligte sich an der Schlägerei und schlug mit einer Spülbürste und mit einer Hundepetische auf die Flüchtenden ein. Ein Loter und vier Verletzte waren die Opfer der Aktion des nationalsozialistischen Roll- kommandos.

Angeklagt wegen dieses Treibens wurden der Schlosser Seipel, der Vertreter Kirchstein, der Kraftwagenführer Geyer und der Laborant Fell. Einwandfrei wies der Staats- anwalt nach, daß es sich um einen planmäßigen, hinterhältigen und feigen Angriff der Nationalsozialisten gehandelt hat. Von den Angeklagten hatte jedoch nicht einer den Mut, zu den Taten zu stehen. Seipel gestand lediglich, daß er geschossen hatte. Drei Zeugen bestätigten, daß er Breitenbach mit dem Bierglas auf den Kopf geschlagen hat. Andere Zeugen bekundeten, daß Kirchstein auf den Sterbenden mit einem Stuhlbein eingeschlagen hat. Trog- dem fällt das Gericht milde Strafen. Es verneinte den Angriff und nahm nur Schlägerei an. Der Schlosser Seipel wurde wegen Kaufhandels und wegen Vergehens gegen das Waffengesetz zu vierzehn Monaten Gefängnis verurteilt, der Vertreter Kirchstein und der Kraftwagenführer Geyer erhielten wegen Kaufhandels je sechs Monate Gefängnis. Fell wurde freigesprochen.

Bei solchen Urteilen ist es kein Wunder, wenn die Roll- kommandos in den Nazikasernen neuen Mut zu neuen Morden schöpfen.

Zerfahrenheit der ZPD.

Stückwunschtelegramm nach Moskau.

London, 8. April. (Eigenbericht).

Der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei in Scarborough ist beendet. Der von der Präsidentschaft zurück- getretene Magion bleibt Führer der 14 Abgeordnete zählenden Parlamentsgruppe. Maxton, Wise, Wallhead, Kirkwood und Towett bilden den Nationalrat der Partei.

Der letzte Konferenztag zeigte noch einmal die große Zer- fahrenheit in der ZPD, die sich besonders drastisch in zwei Beschlüssen ausdrückte: auf der einen Seite forderte der Parteitag ein Sympathietelegramm an die Sowjetregie- rung, die u. a. zum Gelingen (?) des fünfjährigen beglück- wünschelt wird. Auf der anderen Seite mußte ein Beschluß gefaßt werden, der den ZPD-Mitgliedern die Zugehörigkeit zur Moskauer Partei verbietet und Zuwiderhandelnde mit dem Ausschluss bedroht.

Diese Kompromittierung gegen Moskau, bei einer radikalen Sozialistenpartei doch eine glatte Selbstverständlichkeit, ließ sogar auf den Widerstand verschiedener Delegierter. Wenn der Parteitag eines gezeigt hat, so daß die ZPD zwar einig ist in der Kritik an der Arbeiterregierung und an der Labour Party, daß sie aber sofort in drei Teile auseinanderfällt, wenn es gilt, programmatisch zu wirken und politische Lottis zu erörtern. Eine Partei der Kritik, aber keine Partei der Befähigung und Kraft.

Teddy hoch zu Ross.

Er ist Chef eines sowjetrussischen Kavallerieregiments.

Aus Moskau meldet U.: Die Militärkonferenz hat den Führer der ZPD, Thalmann, wegen seiner Verdienste um die Reorganisation zum Chef eines Kavallerieregiments gewählt, das sich an den Operationen gegen China beteiligt hatte.

Wir sehen Teddy bereits auf weissem Zelter vor der Front galoppieren, Wilhelm der Ehemalige dürfte vor Reib erblaffen.

Ratschläge für die Gestrigen.

„Adelsprädikate sind anzuschreiben.“

Die Hugenberg-Presse gibt den Ewig-Gestrigen Ratschläge in Fettdruck: „Adelsprädikate wie „von“, „Freiherr“, „Graf“ sind anzuschreiben. Abkürzungen... können die Unter- schrift ungültig machen.“

Derer Sorgen müßt ich haben — sagt der Börsenmann!

Entfesselte Justiz.

Auf die Stennes-Meuterei folgt ein Rattenkönig von Prozessen.



Die Justiz ist die Fortsetzung des Parteikrieges mit andern Mitteln.

(Frei nach Clausen.)

Besuch in Chequers am 5. Juni.

Endgültige Festsetzung. — Brüning und Curtius bleiben bis 9. Juni in London.

Die auf englische Initiative eingeleiteten Besprechungen zwischen London und Berlin über den Besuch des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichs- außenministers Dr. Curtius bei dem englischen Premier- minister sind heute abgeschlossen worden. Die eng- lische Regierung hat die beiden deutschen Staatsmänner eingeladen, am 5. Juni nach Chequers zu kommen und bis zum 9. Juni als Gast der englischen Re- gierung in Chequers und London zu bleiben.

Bekannt ist eine intime, freundschaftliche Aus- sprache über alle wichtigen Fragen, welche die beiden Länder berühren. Die ursprünglich für eine der beiden ersten Mittwoch in Aussicht genommene Zusammen- kunft mußte auf die Zeit nach Pfingsten verlegt werden, weil für die ersten Mattage der englische Premier- minister und mehrere seiner Kollegen bereits ander- weitig gebunden waren und weil das zweite Wochenende

im Mai zeitlich zu nahe an die Tagung des Europa- ausschusses und die daran anschließende Ratstagung rückte.

Der Flottenpakt stark gefährdet.

London, 8. April. (Eigenbericht).

Außer auf die Einladung der englischen Regierung an den Reichskanzler und den Reichsaußenminister richtet die englische Presse ihr Hauptaugenmerk auf die englisch-französisch-italienischen Flottenverhandlungen, die in letzter Stunde zu Scheitern drohen. Eindeutig werden die französischen For- derungen für übertrieben und als für England unannehmbar bezeichnet. Während Italien und England bereit seien, sich sechs Jahre an ein Abkommen zu binden und die Rüstungen bis 1936 einzustellen, wolle Frankreich das Recht haben, bereits nach vier Jahren freie Hand zu bekommen. Das nehme dem beabsichtigten Vertrag jeden Wert, und wenn Frankreich nicht nachgibt, sei das Scheitern der Verhandlungen unvermeidlich.

Der Zollplan Berlin-Wien.

Sudetendeutsch-sozialdemokratische Stellungnahme.

Prag, 8. April.

Die lebhafteste internationale Auseinandersetzung über die Vereini- gung der Regierungen des Deutschen Reichs und Deutschösterreichs, eine Zollunion der beiden Staaten vorzubereiten, ist in den letzten Tagen durch die Einladung der britischen Regierung an den Reichs- kanzler und den Reichsaußenminister etwas zurückgetreten. Die hohe Bedeutung der Berlin-Wiener Vereinbarung für ganz Europa ist aber nicht vermindert und sie wird gerade von den sozialdemo- kratischen Parteien vollumfänglich begrüßt, die die zweifelhafte Organisierung der Wirtschaft und des Völkerebens fordern. Wie seinerzeit die Leitung der deutschösterreichischen Sozialdemo- kratie, so haben jetzt auch unsere deutschen Genossen in der Tschecho- slowakei zu dem Zollunionplan Stellung genommen und ihr Partei- vorstand hat folgende Entschliessung dazu angenommen, die sich sehr wesentlich von den ablehnenden Erklärungen des Außenministers Dr. Beneß unterscheidet: Der österreichisch-deutsche Zollplan hat wie selten ein außenpolitisches Ereignis in der gesamten durch Vaneuropa- und Zollfriedensverheißungen eingewiegten und irreführenden internationalen Öffentlichkeit geradezu alarmierend gewirkt. Er hat blühartig die Tendenzen bloßgelegt, die heute 12 Jahre nach Kriegsende Europa beherrschen, seine Befriedung unmöglich machen und seiner gesunden Entwicklung im Wege stehen. Er hat aber auch, was eine seiner lichtvollsten Seiten ist,

die Völker Europas zur Selbstbeinnung erweckt und ihnen zwingend die Notwendigkeit rascher Überwindung der bisher auf den Kampf aller gegen alle aufgebauten Wirtschaftspolitik vor Augen geführt.

indem er den Fingern an Bünden der europäischen Wirtschaft legte und aller Welt aufzeigte, wie weit wir noch außenpolitisch, politisch und wirtschaftlich von einer Normalisierung der Verhältnisse entfernt sind, welche schweren Gefahren Europa umlauern und vor welchen gigantischen Aufgaben wir angesichts dieser außer- ordentlich schwierigen Situation in der nächsten Zeit gestellt sein werden. Soweit der Plan Berlin-Wien das öffentliche Gewissen Europas aufgerüttelt hat und eine Wendung in der bisherigen internationalen Wirtschaftspolitik erhasst, hat er bisher schon gute Auswirkungen gezeigt. Darum ist es bedauerlich, daß der Zollplan schon aus formalen Gründen auf so großes Mißtrauen gestoßen ist. Denn nur dadurch konnte die Tatsache verschleiert werden, daß

der Zollplan in Wirklichkeit auf jenen Ideen aufgebaut ist, die den Ausgangspunkt und das Fundament der gerade in letzter Zeit im Rahmen des Völkerbundes abgehaltenen großen inter- nationalen Wirtschaftsberatungen bildeten.

Rur dadurch konnten Zweifel darüber austauschen, daß jeder Staat

Anspruch auf freie Entwicklung seiner Wirtschaft und auf selbst- ständige Regelung seiner Angelegenheiten besitzt. Indem wir dies feststellen, wollen wir uns für die umfassendste, freundschaft- lichste Zusammenarbeit aller Staaten und Völker einsetzen. Für die tschechoslowakische Republik verlangen wir, daß mit der bis- herigen politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Pro- grammlosigkeit ernstlich aufgeräumt und endlich ein zielbewußter, den Interessen aller arbeitenden Bevölkerungsschichten des Landes Rechnung tragender Wirtschaftplan aufgestellt wird, der auf der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen für unsere Wirtschaft in Betracht kommenden Staaten, vor allem aber mit jenen Ländern beruht, die in erster Linie für das Gedeihen unseres Landes ausschlaggebend sind. Nur durch

eine auf Niederbrechung aller Schranken und Hindernisse auf- gebaute, von Freundschaft und Vertrauen getragene Wirtschafts- politik

können die arbeitenden Menschen dieses Staates wieder in einen Nährzustand versetzt und kann das Land mit seinen reichen Natur- schätzen und seiner arbeitssamen Bevölkerung vom Bann der schweren Wirtschaftskrise befreit werden.

Labans Antwort.

Die Kündigung der Solotänzer ist eine Maßnahme der Generalintendanten.

Die Solotänzer der Staatsoper hatten einen (auch von uns veröffentlichten) Brief an Herrn v. Laban gerichtet, in dem sie baten, ihnen die Gründe für die Nichtverlängerung ihrer Verträge mitzuteilen. Auf diese Bitte ist ihnen jetzt folgender Bescheid zugegangen:

Sehr geehrte Herren und Damen! Auf die Zusendung Ihres Briefes möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Nicht- verlängerung Ihrer Verträge ist eine Maßnahme der Generalintendanten und bin ich nicht befugt, über diese öffentliche Erklärungen abzugeben. Ihr Wunsch, daß ich als Bühnenvorstand Ihnen, meinen Mitgliedern, Mitteilungen über meine künstlerischen Pläne durch die Presse mache, scheint mir reichlich ungemächlich und ich sehe dazu keine Veranlassung. Hochachtungsvoll geg. Laban.

Vielleicht hat aber Herr v. Laban die Güte, wenn nicht seinen gekündigten Solisten, so doch der Öffentlichkeit Mitteilungen über seine künstlerischen Pläne zukommen zu lassen. Diese hat — scheint uns — das Recht, zu erfahren, wie man sich die zukünftige Gestaltung eines solistenfreien Tangenssembles an unserer Staats- oper vorstellt.

Irrgarten der Liebe

Stiefmutter und Stiefsohn — Schwiegersohn und Schwiegermutter

Ein Zweieundsechzigjähriger nimmt seine Geliebte zu sich, auch deren 14½-jährige Tochter. Der Alte händelt mit der 14½-jährigen an. Ein Jahr später hat das Mädchen, selber noch ein halbes Kind, von dem Zweieundsechzigjährigen ein Kind. Das Jugendamt bringt das Mädchen in die Fürsorgeanstalt, später in ein Kloster. Achzehenjährig kommt sie zur Mutter zurück. Der Alte erneuert seine Beziehungen zu dem Mädchen. Die Mutter, gleichfalls seine Geliebte, duldet das. Ein Nachbar erstattet Anzeige wegen Kuppelei. Um einem Gerichtsverfahren aus dem Wege zu gehen, heiratet der Greis die Tochter seiner Geliebten. So leben sie zusammen: Der Alte, seine Geliebte, deren Tochter als seine Frau und das uneheliche Kind von ihr und dem Alten. Der Alte mißhandelt aber seine junge Frau auch in der Ehe, wie er es früher getan hat.

Im Jahre 1929 kehrt der 27jährige Sohn des Alten aus seiner ersten Ehe aus Holland zurück. Er zieht zu seinem Vater und findet Befallen an seiner 26jährigen Stiefmutter. In der jungen Frau erwacht zum ersten Male wirkliche Liebe zu einem Mann, zu ihrem 27jährigen Stiefsohn. Der Alte merkt es und duldet es anfangs. Eines Tages wirft er den Sohn hinaus und erstattet gegen ihn und seine Frau Anzeige wegen Blutschande. Beide sind vor Gericht geständig, werden zu geringer Gefängnisstrafe verurteilt und erhalten Bewährungsstrift. Sie „bewähren“ sich aber nicht.

Die junge Frau reißt gegen ihren alten Mann die Scheidungsfrage ein

und übernachtet des öfteren im Hotel bei ihrem Stiefsohn. Der Alte spioniert sie aus und findet sie auch eines Tages bei seinem Sohn im Schrank versteckt. Er beschimpft und mißhandelt sie, bedroht sie immer wieder und fordert von ihr, daß sie mit dem Sohn breche. „Ach mache, was ich will“, schreit sie ihm ins Gesicht. — „Rein, du bist meine Frau, du sollst vor ihm lassen.“ — „Ach liebe deinen Sohn, ich lasse nicht von ihm, meinemwegen erstatte wieder Anzeige.“ Der Alte erstattet zum zweiten Male Strafanzeige wegen Blutschande. Er hofft auf diese Weise ihre Ehescheidungsgründe — Mißhandlung und Beschimpfung — zu entkräften. So stehen Stiefmutter und Stiefsohn zum zweiten Male vor demselben Gericht.

das sie bereits einmal wegen Blutschande verurteilte. Diesmal bestritten sie, sich strafbar gemacht zu haben. Die junge Frau leugnet nicht, mit ihrem Stiefsohn im Hotel übernachtet zu haben, und gibt auch zu, sich einmal vor ihrem Mann im Schrank versteckt zu haben; das alles sei jedoch nur aus Furcht vor ihrem Mann geschehen, der sie mißhandelt habe. Sie habe bei ihrem Stiefsohn Zuflucht gesucht. Der Alte spricht Gift und Galle: „Sie haben Blutschande getrieben, ich habe feste Beweise dafür.“ — „Sie haben die Mutter geschlagen und beschimpft“, ruft ihm der Sohn zu. — „Brauchst mir gar nicht Sie zu sagen, du Verderber und Zerstörer meiner Ehe“, schreit der Alte, „du hast sie verführt, anfangs hat sie dir widerstanden, später konnte sie es nicht mehr. Vier Wochen habe ich es zugegeben, dann habe ich dich hinausgeworfen...“

Der Staatsanwalt beantragte wegen Blutschande gegen die Stiefmutter vier Monate, gegen den Stiefsohn sechs Monate Gefängnis. Handte es sich in diesem Falle auch nicht um Blutschande, so fordert das Gesetz doch, daß der Sohn die Ehe seines Vaters respektiere.

Das letzte Wort der Angeklagten bringt eine unerwartete Wendung.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Majur, bemüht, den beiden unglückseligen Angeklagten zu helfen, greift eine Andeutung des Verteidigers auf und fragt Stiefmutter und Stiefsohn, ob nicht zwischen ihnen intime Beziehungen harmloserer Art bestanden hätten. Die Stiefmutter bestrittet auch das, der Stiefsohn gibt es zu. Unter Ausschluß der gesamten Öffentlichkeit, auch der Presse, schüttelt die unglückliche Frau ihr Herz aus.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei. Der Alte schien vor Wut plagen zu wollen. Um die Lippen der jungen Frau zuckte so was wie Lächeln: Sie ist Siegerin geblieben. Das sinnlose Gesetz wird aber nach wie vor ihre Liebe zum Stiefsohn umlauern und bedrohen und ihr Mann muß wieder mit ihrer Mutter, seiner Schwiegermutter in „Liebe“ vereinigt, sich nach wie vor zum Hüter von Moral und Sittlichkeit aufspielen.

Klar stellt klar.

Wer aber ist der Klar in Mährisch-Ostrau?

Der seltene Fall, daß sich für eine Unterschlagung zwei Defraudanten finden, hat sich jetzt bei dem Buchhalter Friz Klar ereignet. Bereits im „Abend“ hatten wir mitgeteilt, daß der wichtige Friz Klar sich dem Amtsgericht Berlin-Mitte selber gestellt hatte, so daß also der von den tschechischen Grenzbeamten als der flüchtige Friz Klar festgenommene unmöglich der Gesuchte sein konnte. Vor einem Berliner Rechtsanwalt und späterhin vor dem Untersuchungsrichter hat Klar Aussagen gemacht, die folgendes Bild ergeben.

Am Dienstag war, wie erinnerlich, aus Mährisch-Ostrau in der Tschchoslowakei die Meldung eingegangen, daß dort der erfolgreiche Defraudant Friz Klar festgenommen worden sei. Er hatte am 2. April mit einem Kraftwagen, der eine östpreussische Nummer trug, die Grenze überschritten. Man mußte also annehmen, daß nach der Verhaftung in Mährisch-Ostrau die Fahndung nach dem Defraudanten erlosch. Da stellte sich unerwartet am Mittwoch bei dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Frey ein Mann, der sich ebenfalls Friz Klar nannte und sich der Veruntreuung an der Berliner Allgemeinen deutschen Versicherungs A.-G. beichtigte. Wie die Nachprüfung ergab, war dieser Friz Klar der richtige Defraudant. In Begleitung des Anwalts gelangte Klar nach Mosbit und wiederholte vor dem Richter sein Geständnis. Er be-

stätigt, daß sich die Summe auf etwa 120 000 M. beläuft. Zu seiner Entlastung macht er jedoch Angaben, die noch der Nachprüfung bedürfen. Nach seiner Darstellung hat mit den Veruntreuungen ein inwärtiges verstorbenes Vorstandsmitglied begonnen. Das häßliche Beispiel habe ihn, Klar, verleitete, auch für seine eigene Tasche die Kasse anzugreifen. Er behauptet jetzt, daß für ihn persönlich nur etwa 15 000 bis 20 000 M. abgefallen seien. Als das Mitglied im vergangenen Herbst verstorben war, hätten seine eigenen Unterschlagungen erst eine geringe Höhe erreicht gehabt. Wie er sagt, befürchtete er, daß man ihm, dem Lebenden, das ganze Defizit zur Last legen und daß er keine Gelegenheit mehr haben würde, das Gegenteil zu beweisen. Um nun sein Quantum wieder herinzubringen, habe er angefangen zu wetten und immer auf den großen Schlag gehofft. Der blieb natürlich aus. Schließlich kam es zur Entdeckung und zur Flucht. Er hat sich, nachdem er aus Berlin verschwunden war, zunächst mit seiner Frau zusammen in Halle a. d. S. und später allein in Leipzig und Dresden aufgehalten. Vor einigen Tagen kehrte er nach Berlin zurück, hielt sich aber noch verborgen. Erst am Mittwoch sah er sich ein Herz und suchte den Anwalt auf. Gegen diesen Klar ist auf Grund der Selbstbeschuldigung vom Richter Haftbefehl erlassen worden.

Zu klären ist noch die Frage, wer nun der Klar ist, den man in der Tschchoslowakei erwischte. Aus Brünn ist inzwischen ein Telegramm eingegangen, in dem die Festnahme des Klar in Mährisch-Ostrau als Irrtum festgestellt wird. Ein aufklärender Bericht ist in Aussicht gestellt.

Magistrat beschlußfähig.

Richtigstellung einer irrigen Auffassung.

Ein Berliner Blatt verbreitete gestern die Mitteilung, daß der Magistrat, der am Mittwoch wie stets eine Sitzung abgehalten hat, beschlußfähig sein soll, da zur Beschlußfähigkeit angeblich die Anwesenheit von 13 Mitgliedern erforderlich sei. Diese Auffassung ist irrig. Der § 56 der Städteordnung bestimmt, daß der Magistrat Beschlüsse fassen kann, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist, bestimmt aber weiter für Stadtgemeinden, die mehr als 100 000 Einwohner haben, daß mindestens ein Drittel der Mitglieder des Magistrats zugegen sein müssen. Nach der alten Magistratszusammensetzung von 24 Magistratsmitgliedern müßten zur Beschlußfähigkeit mindestens 8 Mitglieder anwesend sein. Da der neue Magistrat nur 18 Mitglieder zählt, genügt zur Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von 6 Mitgliedern. In der Sitzung am Mittwoch waren aber 9 Magistratsmitglieder anwesend, so daß der Magistrat beschlußfähig war. Es wurden in der Sitzung jedoch nur die laufenden Verwaltungsgeschäfte erledigt. Zu irgendwelchen wichtigen Beschlüssen wird es vor der Wahl des Oberbürgermeisters und der übrigen „neuen Herren“ von Berlin natürlich nicht mehr kommen.

Ins Wasser!

Mutter stürzt sich mit zwei Kindern in den Biber.

Bunzlau, 8. April.

Gestern nachmittag sprang die Frau des Arbeiters Grafe aus Eckersdorf bei Bunzlau mit ihren beiden Kindern im Alter von ein und zwei Jahren an einer tiefen Stelle in den Biber mühlgraben. Die drei Leichen wurden später geborgen. Nach Erkundigungen des Ehemanns kann von ehelichen Zwistigkeiten keine Rede sein. Wahrscheinlich hat die Frau die Tat in einem Anfall geistiger Annäherung begangen.

Pflegt Gräber und Urnenstellen.

Um den Friedhöfen zu Beginn des Frühjahres ein würdiges und sauberes Aussehen zu geben, wird die Berliner Bevölkerung gebeten, verwelkte Blumen und Kränze von den Gräbern und Urnenstellen ihrer Angehörigen bis zum 15. April zu entfernen. Das gleiche gilt für Ausschmückungsgegenstände und Wasserbehälter, die unansehnlich gemorden sind. Nach den Bestimmungen der Friedhofsordnung der Stadt Berlin ist die Friedhofsverwaltung sonst berechtigt, die Säuberung der Gräber nach ihrem Ermessen vorzunehmen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem 1. April das Gießen und Pflegen der Gräber beginnt. Damit dies rechtzeitig ausgeführt werden kann, wird gebeten, Bestellungen dieser Art schon jetzt vorzunehmen. Wie das Bezirksamt Wedding mitteilt, können die Bestellungen für die städtischen Friedhöfe Gerlach und Seestraße im Büro des Krematoriums in der Gerichtstraße 87/88 während der Dienststunden: montags von 9—13 Uhr und sonntags von 9—12 Uhr abgegeben werden.

Herabsetzung der Vergnügungssteuer?

Wie mitgeteilt wird, hat der von der Städteordnungsversammlung zur Neuregelung der Vergnügungssteuerfrage eingesetzte Unterausschuß in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Vergnügungssteuer für Schauspieltheater von 19 auf 12, von 12½ auf 10 und von 9 auf 7 Proz. herabzusetzen.

Auf der Dienstreise einem Herzschlag erlegen.

Der Berliner Polizeihauptmann Böglisch, der zu einem Majoraturskurs in der höheren Polizeischule in Eiche kommandiert war, ist während der Fahrt dorthin einem Herzschlag erlegen.



Auch Vene sagt nichts. Wenn sie sprechen würde, müßte sie weinen, das weiß sie. Dies also ist das Ende, und das hat es ihn gefostet. . . so viel hat ihn seine Liebe gefostet; seine Demut; sein — Heldentum. Noch nie hat sie das so begehrt wie heute, daß er, der da blah neben ihr sitzt, ein Held ist. Jeder andere hätte nach seiner Lunge gelebt, und nicht nach seinem Herzen; hätte sich gewahrt, geschont; hätte sein Leben gestreckt; er hat gearbeitet, gedient. . . Was ist größer: Kampf mit dem Leben oder Hingabe ans Leben? Sie weiß es nicht; weiß nur: beides ist schwer.

Lichter sind um das Auto: Straßenlaternen. Ein Tor in grauer Mauer, undeutlich aufwachend, ein erleuchtetes rotes Kreuz in weißem Rundfeld, ein Portal. Der Wagen hält. Das besorgte Bartgesicht des Arztes: „Na, gut überstanden? Gott sei Dank!“

Ein lauter Portier; leise segelnde Schwesterhänden; ein hastiges Arztgespräch. „Blutsturz, ja. Tbc, offen, Phthisis, jawohl. Zehn Jahre schon.“ Achselzucken.

Eine der Schwesterhänden schwinnt lautlos an Schmiger heran. „Herr Schmiger, nicht wahr? Bitte, kommen Sie.“

Er steht vor Vene, hält sich an ihrer Hand. Sie denkt: Ach du armer, häßlicher Mund, der du gebutet hast, gebutet für mich! Aber sie kann nur wenig sagen: „Ach danke Ihnen. Und ich komme bald, und . . . werden Sie gesund . . .“

Das gute weiße Segel geleitet ihn; er verliert in Halbdunkel irgendeines Ganges, unter irgendeiner Nummer, die in den Augen verschwimmt.

„Machen Sie, daß es gut geht, Herr Doktor?“ „Man soll nie die Hoffnung verlieren, Fräulein Papendied. Auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung ist in den letzten Jahren viel, sehr viel erreicht worden. Bitte, wir wollen fahren.“

Schienen schimmern, meilenlange Schienen, blah und starr. Sie sind um das Land gespannt als ein mächtiger, mattisberner Gürtel. Manchmal beginnt es in ihren Gelenken leise zu bebem, zu klirren. Dann legen sie sich fest auf die Schwellen. Dann kommen ihre Herren, die Räder. Im Bruchteil einer Sekunde sind sie vorüber. Aber sie rollen sich heiß seit Stunden. Sie müssen noch weiter rollen für Stunden. Sie haben Herkunft und Ziel. Ihre Achsen kreischen, denn es ruhen Wagen darauf. Die Wagen sind schwer, denn es ruhen Lasten darin. Spargel etwa, Spargel von Schloßheide nach Hamburg.

Bleich blüht der durch die offene Wagentür nach draußen. Das Bild des Landes wandelte sich. Die Erde ward schwarz und schwer. Die letzten Körner vom leichten, gelben Sande der Mark werden in die Fugen der Bretter geschüttelt und verflunken. Der Spargel ist allein, mitten in fremdem Land, mitten in Rübenland, Weizenland, Wiesenland. Vorüber.

Es ruckt unter ihm: eine Weiche. Es donnert unter ihm: eine Brücke. Es rauscht unter ihm: ein Fluß. Zwanzigmal so breit wie die Bleete, zwanzigmal so schmal wie der See. Vorüber.

Alles bleibt liegen. Unter ihm, neben ihm; über ihm bleiben die Sterne stehen. Es fährt nur, es rast nur vorwärts der Spargel vom Stubbenland. Sie müssen alle auf den Herbst warten, die schweren, reichen Früchte da unten. Nur er kommt mit dem Frühling. Der Spargel vom Stubbenland fährt Triumph.

„Schläft der Patient?“ Die Schwester, die in dieser Nacht bei Siegfried Schmiger wacht, ist aufgestanden. „Unruhig, Herr Doktor.“

„Temperatur?“ „Achtundreißigfünftel, Herr Doktor.“

„Also kaum was zu befürchten für heute Nacht. Wieder so ein Fall, den wir wahrscheinlich abgeben werden. Wissen Sie, wie damals Nr. 58. Schwere Tbc, also doch wohl Plastik. Schwierige Operation, auf die wir hier nicht so geachtet sind. In Berlin machen sie das jeden Tag. Haben Sie schon Sputum genommen?“

„Jawohl, Herr Doktor.“ „Blutproben?“ „Nein, Herr Doktor.“ „Also gleich morgen früh. — Was sagt er da?“ „Er redet immerzu vom Spargel, Herr Doktor.“

„Sehr ulkig. Gute Nacht, Schwester.“

„Gute Nacht, Herr Doktor.“ Die Schwester setzt sich wieder und ließt. Der Mann im Bett verhält sich ziemlich ruhig. Nur ab und zu macht er mit den Händen buddelnde Bewegungen.

Immer mehr Schienen. Immer mehr Weichen. Und immer mehr Frühe. Der Fluß wird nochmals überquert; ist jetzt so breit geworden wie der See. Häuser. Schloße. Signale. Signale. . . alles hat sich verändert. Nur der Spargel ist sich gleich geblieben.

Der Zug steht vor der Rampe des Güterbahnhofs. Ein Mann in Zivil geht den Zug entlang, einen Frachtbrief in den gestikulierenden Händen. Gemüsehändler mit ihren Karren hinter sich. „Wo ist der Spargel?“

Jetzt bleibt er vor dem Wagen mit der Kreideaufschrift stehen. „Blah!“ schreit er in den halben Värm beginnender Tagesarbeit hinein. „Blah für den Spargel!“

Am Tage nach Schmigers Unfall und Hansens Tod sind Andreas Korn und Paul Maschke mit der Bahn in die Kreisstadt gefahren. Sie haben die Unterschriften geleistet, und es ist ihnen daraufhin gelungen, bei der Kreisbank einen größeren Vorschuß auf die Hypothek zu bekommen. Für diesen einen Tag haben sie sich daher ein Auto zur Beförderung des Spargels mieten können, und am Tage darauf haben sie ein neues Pferd gekauft; es ist eine alte Stute, die sich billig stellte, und sie haben alle zur Kaufsumme beigetragen, weil sich der Hans in ihrer aller Dienst abgerackert hatte.

Eine Woche später ist dann die Hypothek ausgezahlt worden, und sie haben sich Arbeitskräfte mieten können. Es wurde Zeit dazu; denn der schwache Körper Anna Maschkes zeigt schon jetzt alle Merkmale der Schwangerschaft und hindert sie an harter Arbeit. Wieder drei Wochen danach, am Johannistage, haben sie den letzten Spargel gestochen, und über den Sandhügeln liegt nun der grüne Schleier des Lebens; die Stauden schießen ins Licht, als wären sie nicht zehn Wochen lang für Tag verwundet worden. Die Schlussabrechnung aus Hamburg liegt vor; sie ergibt fast doppelt soviel Einnahmen, als sie vor Beginn der Ernte errechnet hatten. Auch das ist allerdings nur so viel, daß sie bei allerbescheidensten Ansprüchen bis zur nächsten Kampagne werden leben können; aber das ist mehr, als sie auf diesem Sand erwarten durften. (Fortsetzung folgt.)

Auf eigenen Wunsch ermordet.

Zoller Versicherungsbetrug mit dem Leben bezahlt.

Nur unsere an Widersprüchen und Unbegreiflichkeiten überreiche Zeit kann etwas so Tolleres entstehen lassen wie den nachstehend geschilderten Fall: Um seiner Familie eine Versicherungssumme zukommen zu lassen, verpflichtet ein hochverschuldetter Mensch einen anderen, ihn zu ermorden.

Vor einigen Wochen, so wird aus Budapest gemeldet, war im Personenzug Budapest-Kecskemet (etwa 100 Kilometer südlich von Budapest) der Kaufmann Karl Steinherz mit tödlichen Verletzungen, die von Hammerschlägen herrührten, aufgefunden worden. Als festgestellt wurde, daß er kurz vorher Versicherungen auf hohe Summen abgeschlossen hatte, entstand der Verdacht eines Versicherungsbetruges. Die Budapest Polizei verständigte auch die Wiener Polizeibehörde, die auf einen Häufung aufmerksam wurde, der sich drei Tage lang unterunkstlos in Wien aufhielt und Fischl heißt. Dieser gestand die Tat ein und gab an, von Steinherz dafür gedungen worden zu sein. Der Plan scheiterte jedoch daran, daß Fischl sehr hart dreinschlug und den Steinherz tödlich verwundete. Fischl gab an, für die Ausführung der Tat von Steinherz 5000 Dollar versprochen erhalten zu haben, die er bei einer ihm genannten Wiener Adresse habe abholen sollen. Später stellte sich jedoch heraus, daß die Adresse fingiert war. Fischl hatte bereits vor der Tat eine goldene Uhr, 35 Pengö und den Hammer, mit dem er die Schläge gegen Steinherz führte, erhalten. Steinherz hat nach kurz vor seinem Tode eine falsche Personenbeschreibung von dem Mörder gegeben, um damit die Versicherungssumme wenigstens seiner Familie zu sichern. Indes dürfte die Versicherungsgesellschaft der Zahlungspflicht entgehen, da Steinherz ermordet worden seinen Tod selbst verursacht hat.

Einer mit dem Beamtenkoller.

Kriegsverletzte beschimpft die Republik.

In welcher Weise kommunistisch verheulte Arbeiter ihre unbegründete Wut gegen sozialdemokratische Beamte und die Republik auslassen, erfährt man wieder einmal in einer Moabiter Gerichtsverhandlung.

Der Bildhauer K., fünfzig Prozent kriegsbeschädigt, erhält eine Rente in Höhe von 170 M. monatlich. Jedemal, wenn er in das Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg kommt, um seine Rente zu erheben, schimpft er als treues KPD-Mitglied auf die Beamten des Wohlfahrtsamtes, die zur Sozialdemokratie gehören und heßt die anderen Kriegsbeschädigten gegen sie auf. Schließlich wird es den Beamten zu bunt; sie verleiten dem K. das Haus, die monatliche Rente erhält er in drei Raten zugesandt. Als er eines Tages trotzdem das Wohlfahrtsamt aufsucht, wird er wegen Hausfriedensbruchs unter Jubilation einer Bewährungsfrist zu einer geringen Strafe verurteilt.

Am 12. August ist wieder einmal seine Rente fällig, am 11. ist Befreiungsfest, der 9. fällt auf einen Sonntag. Am 8. August erscheint K. trotz des Hausverbotes und des gegen ihn ergangenen Urteils im Wohlfahrtsamt und fordert die Aushandigung seiner Rente. Man erklärt ihm, daß das Geld bereits überwiesen sei und rät ihm, seiner Wege zu gehen, da ja gegen ihn das Hausverbot verhängt sei. Das bringt den Mann auf. In der tollsten Weise beschimpft er die Beamten und schmäht er die Republik. Die Beamten wollten sich das nicht gefallen lassen. Das Wohlfahrtsamt stellt Strafanzeige. K. hat sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beschimpfung der Republik und wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. Er ist übrigens bereits einmal auch wegen Körperverletzung verurteilt. Er bestreitet, die ihm zur Last gelegten Ausdrücke gebraucht zu haben; er habe nur gesagt, man solle ihn nicht wie einen Strauch behandeln; er habe nur von einer faulen Republik, nicht aber von einer „Saurepublik“ gesprochen. Die Beamten beklagen unter ihrem Eid das Gegenteil. Als der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis beantragt, schreit der Angeklagte etwas von Komplott gegen ihn und verläßt den Gerichtssaal. Das Gericht verurteilt den Mann zu einem Monat Gefängnis, billigte ihm aber eine Bewährungsfrist zu.

Nazis trauten sich nicht!

Die Wahlsdorfer Parteigenossen veranstalteten kürzlich eine öffentliche Volksversammlung mit Redefreiheit für die Nationalsozialisten. Wie erinnertlich, forderte die NSDAP. zum 15. Oktober ihre Anhänger auf, die „marxistische Hochburg“ in Wahlsdorf durch Befreiung ihrer Versammlung zu erobern. Diese Versammlung war seinerzeit von den Sozialdemokraten voll besetzt worden, da eine Diskussion abgelehnt wurde, zogen wir geschlossen ab und es blieb ein Bäderbubend von Anhängern der Nazis zurück. Jetzt hatten die Nationalsozialisten Gelegenheit, ihre Angriffe öffentlich vorzutragen, machten aber davon keinen Gebrauch. Genosse Gottlieb Reese zeigte in treffenden Ausführungen das wahre Gesicht des Nationalsozialismus und den wahren Charakter dieser Partei, die lediglich dem Großgrundbesitz und dem Großkapitalismus helfen will und schilderte die Praxis der Hakenkreuzler. In Thüringen z. B. erhielten die sozialdemokratischen Minister 1924 7500 M. Gehalt, während der Nationalsozialist Friedl sich sein Gehalt auf etwa 19000 M. erhöhte. Aber auch die innerlich hohle Struktur dieser Partei wurde gezeigt sowie Proben aus den sogenannten Wirtschaftsprogrammen vorgelesen. Obwohl Nationalsozialisten auswendig waren, nahmen sie nicht das Wort. Die Partei des Raubherrschafts hat wieder gezeigt, daß sie nie imstande sein wird, sich sachlich auseinanderzusetzen, weil an und für sich jede sachliche Grundlage zu ihrer Existenz fehlt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Als Gratulant bei der Hundertjährigen.

Ein seltenes Fest, ihren hundertjährigen Geburtstag, konnte in diesen Tagen Frau Luise Michaelis in Frankfurt a. D. begehen. Leider konnte die Jubilarin diesen Tag nicht im Kreise ihrer Angehörigen erleben, da sie sich seit Monaten infolge eines Beinbruchs im Krankenhausbehandlung befindet. Die Landesversicherungsanstalt Berlin, in deren Bezirk Frau Michaelis früher wohnte und von der seit 31 Jahren eine Invalidenrente gezahlt wird, ließ es sich nicht nehmen, ihrer ältesten Rentempfängerin durch einen Vertreter des Vorstandes unter Ueberreichung einer Blumenpende und eines namhaften Geschenks die Glückwünsche des Vorstandes auszusprechen zu lassen. Interessant und erwähnenswert ist auch hier das Verhältnis der Leistungen der Bundesversicherungsanstalt gegenüber den Beitragsleistungen der Hundertjährigen, die mit ihrem Arbeitgeber zusammen nur einen Betrag von 28,84 Mark zur Invalidenversicherung eingezahlt hat. Dieser Betrag würde als Sparguthaben eine Aufwertung von

Berlins Lungen weiten sich

Die Großstadt wird gelüftet — Ueberall neue Freiflächen und Anlagen

Die Frühjahrsarbeiten haben diesmal wegen des lange anhaltenden Bodenfrostes starke Verzögerungen erlitten und noch vor ein paar Tagen hieß es: „Wenn jetzt nicht bald Regen kommt, der uns den Boden aufweicht, dann wird die Sache kritisch; tagsüber Sonne und nachts Frost, die Pflanze atmet und kann kein Wasser ziehen.“ Ein bißchen guten Willen hat Petrus ja inzwischen gezeigt und es bleibt zu hoffen, daß die Frühjahrsbefreiung sehr rasche Fortschritte machen kann.

Inzwischen ist man noch mit Winterarbeit beschäftigt, haßt Holz, entfernt Unkraut, das den Jungpflanzen die ohnedies so rare Bodenfeuchtigkeit wegnimmt, und säubert den Grünwald von Abfallresten, wobei die Ausfliegerpflanzen keine allzu große Rolle spielen! Daneben gibt es dann Ausbesserungsarbeiten an den Geländen, Neuanlagen im abgeholzten Gebiet. Saat und Pflanzung müssen beizzeiten fertig sein. Schnellst müssen, sobald der Boden offen ist, die Pflanzkulturen gesetzt werden, denn die zarten diesjährigen Klempflänzchen bedürfen zur guten Entwicklung der Feuchtigkeit des Winterbodens.

Das „Fegen“ des Waldes macht schon so allerhand Arbeit und es ist hierfür noch kein geeigneter Rüttelbesen oder Staubsauger konstruiert worden; die allgemeine Säuberung erfordert etwa 1000 Arbeitstage. An ständigem Personal sind hierfür durchschnittlich 250 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, in der Saison erhöht sich der Personalstand etwa auf das Doppelte; die Männer verrichten die schwerere, die Frauen die leichtere Arbeit, insbesondere das Pflanzen. Pro Jahr wird ungefähr 1 Proz. der gesamten Bodenschicht neu bepflanzt; Berlin besitzt 230 Hektar, auf 1 Hektar kommen 250 000 bis 300 000 geteete Samenkörner, bei den Pflanzungen auf 1 Hektar 14 000 Pflanzen, dies meist einjährige, da sie später schwer gelöhren. Die Kulturen werden teilweise selbst gezogen, jedes Forstrevier besitzt, wo es gute Flächen gibt, eigene Saat- und Pflanzschulen. Zum Teil werden die Jungpflanzen auch gekauft, das Zentrum der deutschen Pflanzenzucht befindet sich in der Hamburger Gegend, bei Holsenbeck, wo der Boden infolge günstiger Niederschlagsverhältnisse sehr geeignet ist. 20 einreihige Drillmaschinen verrichten die Saarbeit, aber nicht jedes Samenorn fällt auf fruchtbaren Boden und aus den 200 000 Samenörnern, die pro Hektar gefät werden, entstehen später bloß 200 000 Keimern, das übrige hat der Wind verweht oder ist sonstwie ungenommen. Alle 20 Jahre wird das Arbeitsprogramm für den Grünwald aufgestellt, alle 10 Jahre wird Pflanzensensur gemacht. In jedem Jahre aber freut sich der Grünwald seiner Gäste und schmückt sich zu ihrem Empfang.

1000 Morgen Grünanlagen in Treptow.

Der Bezirk Treptow, der über die meisten und größten Spielwiesen — 13 an der Zahl mit einer Belegschaft von über 100 Schulen und Vereinen — verfügt, hat allerhand zu tun, die stark beanspruchten und abgenutzten Grünflächen wieder in Schutz zu bringen. Künstlicher Düng mit Kali und Kalk im Winter, mit Stickstoffpräparaten im Frühjahr helfen dem Boden wieder auf die Beine, im Turnus von fünf Jahren kommt jede Wiese einmal daran, 125 ständige Arbeitsträfte, die durch Saisonarbeiter nach Maßgabe der vorhandenen Mittel verstärkt werden, bearbeiten den Boden, jäten und pflanzen. Bei Neuanlagen und Zusatzarbeiten trachtet man nach Möglichkeit Wohlfahrtsunterstützte heranzuziehen. Auch hier drängt die Arbeit, denn Mitte Mai müssen spätestens die Spielwiesen den Schulen und Vereinen zur Verfügung stehen. Eine besondere Wirkung von Grasamen ergibt das für starke Benutzung verwendbare Gras. Im Treptower Park werden alljährlich Nachpflanzungen vorgenommen, wobei der Boden rigolt, d. h. aufgelockert und 60 Zentimeter tief geparkt werden muß. In der Wühlheide werden im Volkspark Erweiterungen vorgenommen, und zwar werden an der Treptowallee 50 000 kleine Waldgehölze, Birken, Kiefern, Ahorn usw. gepflanzt. Ebenso werden neue Anlagen geschaffen. Die 60 Morgen große städtische Baumhülle liefert alles Notwendige wie Sträucher, Alleebäume und 200 000 Pflanzen. 80 000 Steckdölger, im Winter geschnitten, werden jetzt für Sträucher gesteckt, 120 000 Wurzelstümpfe werden ausgepflanzt. Treptow besitzt 25 000 Alleebäume, deren Betreuung ebenfalls allerhand zu tun gibt, da die Raupenplage, und zwar eine bestimmte Sorte, der Goldfalter, den Bäumen viel zu schaffen macht. Im Winter müssen die Raupenmester her-

ausgeschnitten werden und es finden sich oft an einem Zweig Hunderte dieser Schädlinge; mit der Drahbürste wird der Schwammspinner abgetraht, für den Bogelschutz werden im Winter alle Nisthöhlen nachgesehen — deren es 700 Stück gibt — sie werden mit frischem Torfmüll gefüllt, Unreinlichkeiten, wie tote Tiere und Eier daraus entfernt; Sträucher werden als Nistgelegenheiten oben zusammengebunden, für Frau Rachtigall schießt man Reifig-hausen als Nestunterlage.

Frühling auf dem Bedding.

Auch der Bezirk Bedding wartet mit einem gärtnerischen Frühjahrsprogramm auf; im Humboldthain wird eine große Lagerwiese eingerichtet, um all den Menschen, die dicht bei dicht in dem steinernen Häusermeer leben, eine neue Erholungsstätte zu schaffen. Dieses Terrain, das die frühere Kodelbahn, den Fußballplatz und sonstige Rosenflächen umfaßt, beträgt 30 000 Quadratmeter. Die Kodelbahn wird an eine andere Stelle verlegt und hierfür eine richtige Neuanlage geschaffen; weiter ist an der Windhuzer Straße auf einem alten Feingelände, nach Senkung des Grundwasserspiegels eine 10 000 Quadratmeter große Teichanlage geschaffen worden. Die Wasserfläche soll durch Gesäuge aller Art belebt werden. Außerdem ist der Uferweg Böyensee durch Hinzunahme der Restflächen erweitert worden, so daß er jetzt um den ganzen See führt; ein durch alten Baumbestand sehr idyllisches Gelände von 15 000 Quadratmeter konnte den Gesamtanlagen mit eingefügt werden. Durchgangsweg zwischen dem Volkspark Rehberge, dem Böyensee und dem Hohenzollernkanal sollen eine bessere Verbindung der verschiedenen Anlagen herstellen. Für die Arbeiten konnten rund 200 Wohlfahrtsunterstützte Arbeit finden, neben dem ständigen Arbeitspersonal von etwa 126 Kräften.

Auch Tempelhof macht sich schön.

Auch die Grünflächen des Bezirkes Tempelhof erfahren allerhand Neuanpflanzungen und Erweiterungen. 650 000 Quadratmeter Bodenschicht des Tempelhofer Dörfchens, angrenzend an das Flugplatzgelände, werden als Sport- und Erholungsgebiet bearbeitet, mit Gras- und Blumenamen bepflanzt, um im nächsten Jahr seiner Bestimmung übergeben zu werden; niedrige Kugelbäume dienen als Randumschließung und Schmutz der einen Kilometer langen Promenade, die vom historischen Steuhaus bis zum Tempelhofer Ringbahnhof führen wird. Der Parkgürtel der städtischen Siedlung am westlichen Tempelhofer Feld wird erweitert; die Marienplatz in Alt-Tempelhof wird als Schulsportplatz ausgebaut, weiter soll eine Promenade mit Bänken und ein Buddelplatz entstehen, der für die zahlreichen Kolonisten dringend erforderlich ist. In Marienfelde werden auf städtischem Gebiet 430 Kleingartenparzellen geschaffen, mit Spiel- und Festwiese, Kinderplatz und Vogelschutzgehölz.

Der Siedlerkolonie am Tempelhofer Feld, die in ständiger Angst wegen Gebietsabtretung für den Flugplatz lebt, droht vorläufig keine Gefahr; der prächtige 23 Hektar große Mariendorfer Volkspark erhält ein Riesenspielfeld von 3000 Quadratmetern, am kleinen Teich wird ein kleiner Waldpark mit Hirschen und Rehen entstehen. Die Kodelbahn (380 Meter lang) wird erhöht; dann wird ein neuer Sport- und Fußballplatz und ein Stadion geschaffen, dessen Ausbau mit Umkleekabinen, Tribünen und Badeeinrichtung allerdings einer späteren besseren Zeit vorbehalten bleiben muß. Eine Schwimmbadanlage mit Strand ist geplant, ebenso die Anlage von Tennisplätzen. Am Bulfilauer werden neue Spiel- und Erholungsplätze geschaffen, später ist der Aufbau einer Promenade am Teichkanal entlang, von Steglitz über Tempelhof nach Neudöln, gedacht. Auch Lichterstraße erhält mehrere Neuanlagen von Grünflächen als Anlagegebiete, der Spielplatz in der Dorfstraße und der Kaiser-Friedrich-Platz werden ausgebaut, Waldreste neu aufgeforstet. Insgesamt 800 Wohlfahrtsunterstützte, zumeist ungelernete Arbeiter, konnten hierbei Verwendung finden. Gegen 300 neue Baumpflanzungen sollen der Verschönerung und Ausgestaltung der Wege und Anlagen dienen. Im Rahmen des Notstandsprogrammes wird soviel wie möglich geschaffen, einmal um Arbeitsmöglichkeit zu bieten, dann aber auch, um dem Großstädter ein wenig mehr Sauerstoff für die Lungen und ein wenig mehr Daseinsfreude zu vermitteln.

Ungeireuer Postschaffner.

Auf einem Postamt in Bankow waren seit einiger Zeit mehrfach Klagen und Beschwerden über das Abhandeltommen von Briefsendungen eingegangen. Der Verdacht fiel auf einen 52 Jahre alten Postschaffner K., der an einem Sortiertisch beschäftigt war. Gestern wurde er unerwartet in das Direktionszimmer gerufen und zur Rede gestellt. Bei einer Untersuchung ergab sich, daß er Briefe entwendet und sie in seinen Unterhosen versteckt hatte. Er nahm nur solche Sendungen, in denen er Geldscheine vermutete. K. ist geständig, die Diebereien schon seit geraumer Zeit verübt und die unterschlagenen Briefe nach der Bearbeitung vernichtet zu haben. Er wurde verhaftet und wird dem Richter vorgeführt werden.

Ägypten-Fahrt des Zeppelin.

Friedrichshafen, 3. April.

Wie der Luftschiffbau Zeppelin mittels, wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute (Donnerstag) früh etwa 5 Uhr unter Führung von Dr. Edener, der am Dienstag von seiner Amerikareise zurückgekehrt ist, zu der geplanten Ägyptenfahrt aufsteigen. An der Fahrt werden 24 Passagiere teilnehmen. „Graf Zeppelin“ wird auf der Anfahrts wahrscheinlich die Strecke Rhodens abwärts über Marseille, Korsika, Rom, Neapel, Kreta, Alexandria und bei der Rückfahrt entweder die über Konstantinopel—Schwarzes Meer, oder Adria—Korfu oder Italien—Rhodens wählen. Das Luftschiff wird voraussichtlich am Sonnabend früh um 8 Uhr in Cairo eintreffen. Nach der Zwischenlandung und Auswechslung der Passagiere wird es anschließend sofort zu der achtstündigen Rundfahrt über Ägypten und Palästina (Jerusalem) wieder aufsteigen.

Mit der Kamera durch Alt-Berlin. Im Rahmen der „Photographischen Führungen“ des Photographenvereins H. Starke findet am Sonntag, dem 12. April, ein Rundgang durch Alt-Berlin (Niederheide bis Schlosshof) statt. Historische Erläuterungen und photographische Anweisungen begleiten die Fotostudien. Treffpunkt: U-Bahnhof Klosterstraße, Ausgang Stralauer Straße, 10 Uhr.

etwa 4 Mark erhalten haben, während die alte Dame an Rente, ungerneht die Zahlungen in der Inflationszeit, bis jetzt die stattliche Summe von 4140 Mark erhalten hat. Gewiß handelt es sich um einen Ausnahmefall, aber gerade deshalb wirkt er um so mehr als Beweis dafür, daß der in der heutigen Zeit vielfach propagierte Sparzwang an Stelle der Invalidenversicherung diese niemals ersetzen kann.

Motorschiff im Extrazug.

Das größte Schiff der Masurischen Seen.

Dieser Tage ist auf der Schilow-Berlin in Königsberg ein neues Motorschiff vom Stapel gelaufen, das für den Passagierverkehr auf den Masurischen Seen bestimmt ist und zu Beginn des Sommers seine Fahrten aufnehmen wird. Das neue Motorschiff, das den Namen „Dismark“ trägt, ist 28 Meter lang und 4,10 Meter breit und vermag 250 Passagiere zu fassen. Eine Maschine von 165 PS verleiht ihm eine Geschwindigkeit von 24 Kilometer in der Stunde. Die „Dismark“ wird damit das schnellste Schiff der Masurischen Seen sein. Neben dem geräumigen Deck stehen den Passagieren auch ein großer Speisesaal und ein Salon zur Verfügung. Das Motorschiff wird hauptsächlich die Strecke Löben—Rudezann befahren, also auf dem Löwentin- und dem Spirdingsee verkehren. Der Transport des in Königsberg erbauten Schiffes nach seinem Heimatort Löben muß mit der Eisenbahn erfolgen und dürfte ein Verkehrsstudium darstellen. Wegen der Breite des Schiffes darf der Zug, der das Schiff nach Löben bringt, keinem anderen Zuge begegnen. Aus diesem Grunde mußte für den Extrazug des Schiffstransports ein eigener Fahrplan ausgearbeitet werden. In Löben erhält das Schiff die letzte Inneneinrichtung und wird dann zu Beginn des Sommers dem Ausflugsverkehr übergeben werden.

Die Ordner der Proletarischen Feiertage übernahmen am Sonntag, dem 12. April, zur Jubiläumsfeier der Kinderfreunde dort Ordnerdienst und treffen sich am Sonntag um 10 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Eingang Schiffbauerdamm.

Fünfjahresplan in 2 1/2 Jahren?

Kritische Bemerkungen zur russischen Oelpropaganda.

„Am Ende von elf Jahren.“ so erklärte kürzlich auf einer Arbeiter- und Angestelltenkonferenz der Leiter des im Sauggebiet tätigen Konest-Truists, „hat die Sowjetregierung mehr für die Erdölindustrie getan, als die Robels, Montascheffs, Dianofoffs und die ganze Kompagnie der ehemaligen Besitzer insgesamt in fünfzig Jahren geleistet haben. Eine Reihe von wertvollen Erfindungen und Vervollständigungen haben die gesamte Erdölindustrie von Baku umgestaltet. Wir haben bereits eine Reihe von kapitalistischen Staaten überholt und stehen zur Zeit an zweiter Stelle der Weltproduktion. Wir stellen uns die Aufgabe, die amerikanische Produktion einzuholen und zu überholen.“ Eine offiziöse Mitteilung der Sowjetregierung verkündete kürzlich, daß der Fünfjahresplan der russischen Erdölindustrie bereits zum 1. April 1931, also schon in 2 1/2 Jahren erfüllt worden sei. Die „Rote Fahne“ hat in größter Aufmachung die Rappthaleitung Rußlands als Beweis der Überlegenheit des Sowjetismus gefeiert.

Uns liegt jede böswillige Kritik fern. Aber die Bedeutsamkeit des russischen Industrieplans zwingt zu einigen sachlichen Feststellungen.

Wohl trifft es zu, daß es den Sowjets gelungen ist, die Erdölindustrie nach den Zerstörungen durch Krieg und Revolution in zwölf Jahren wieder aufzubauen und die Produktion von 1913 (9,2 Millionen Tonnen) im Jahre 1930 etwas mehr als zu verdoppeln. Das ist aber keineswegs eine gewaltige Tat, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die jetzt vielfach raubwarzig ausgebeuteten Oelfelder Rußlands von außerordentlicher Ergiebigkeit sind und daß der Auf- und Ausbau der Erdölindustrie als der wichtigsten Valutaquelle ohne Rücksicht auf dauernde Wirtschaftlichkeit mit allen erdenklichen Mitteln betrieben wurde. Auch im Weltkrieg wurden phantastische unwirtschaftliche Produktionssteigerungen allerorten erzielt. Rußland ist zwar an die zweite Stelle unter den ölproduzierenden Ländern der Erde ausgerückt, aber ohne Rücksicht auf das Prinzip der Oelonomie und auf die Aufnahmefähigkeit der Märkte. Amerika hat wegen des schlechten Marktes seine Ausbeute im letzten Jahre um 107 Millionen Faß (etwa 15 Millionen Tonnen) gegen das Vorjahr gesenkt; das sind allein rund 78 Proz. der Rohölmenge, die die Sowjetunion im ganzen Jahre 1930 gefördert hat. Auch Venezuela, das den zweiten Platz an Rußland abgetreten hat, schränkte seine Förderung ein, obgleich dieses Land ein Mehrfaches der russischen Oelausbeute hätte erzielen können. In Mexiko, Kolumbien, Persien, Niederländisch-Indien wurde die Rohölgewinnung ebenfalls stark gedrosselt, weil der Bedarf für die überschüssigen Oelmengen nicht vorhanden war. Die

Steigerung der russischen Produktion allein ist also durchaus keine Ruhmestat.

Aber auch die industrielle Leistung Sowjetrußlands steht durchaus nicht einzig da. Amerika hat seine Produktion, die vor dem Kriege bereits viermal so groß war als die russische, bis 1929 vervierfacht. In den letzten zwölf Jahren stieg sie von 34 Millionen Tonnen auf 144 Millionen Tonnen, also um 90 Millionen Tonnen, dagegen erhöhte sich die russische Förderung seit 1919 nur um 14,5 Millionen Tonnen. Die Zunahme in U.S.A. war also in zwölf Jahren mehr als sechsmal so groß. In Venezuela ist in der gleichen Zeit inmitten eines Urmalgebietes eine Erdölindustrie neu emporgewachsen, die mit ihrer Produktion seit einer Reihe von Jahren den zweiten Platz in der Welt behaupten konnte. Demgegenüber hat Rußland, das im Jahre 1900 über die Hälfte der Weltausbeute auf sich vereinigte, heute erst knapp 10 Proz. der Weltproduktion erreicht.

Auch das stolze Wort von der Erfüllung des Plans in zweieinhalb Jahren braucht nicht wörtlich genommen zu werden. Gemeint ist dabei nämlich der ursprüngliche Plan, der für 1930/31 eine Rohölgewinnung von 25,5 Millionen Tonnen vorsah. Ob die ursprüngliche Ziffer erreicht wird, ist noch zweifelhaft, weil die augenblickliche Förderung vorerst einem Jahresergebnis von etwa 21 Millionen Tonnen entspricht. Indessen haben diese Planziffern heute nichts mehr zu bedeuten, denn nach dem wirklichen, dem hinaufrevidierten Plan sollte 1933 ein Rohölquantum von 47 bis 48 Millionen Tonnen gefördert werden. Das ist heute erst zur knappen Hälfte erreicht, und es gehört der Optimismus der Sowjetleiter dazu, dieses Ziel unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für erreichbar zu halten.

Die Erdölproduktion der Vereinigten Staaten aber einholen oder gar noch überflügeln zu wollen, das ist, was kein erster Sowjetwirtschaftler bestreiten kann, schon reine Propaganda. Trotz scharfer Einschränkungsmaßnahmen ist die amerikanische Erzeugung gegenwärtig etwa 6 1/2 mal so groß als die auf ihr Leistungsmaximum gesteigerte russische Förderung, die Leistungskraft der wenigen russischen Produktionszentren reicht nicht an die Ergiebigkeit der amerikanischen Oelgebiete heran, in U.S.A. arbeitet man mit größter Wirtschaftlichkeit, während die Oelfelder Rußlands auf Kosten ihrer künftigen Produktivität rücksichtslos ausgebeutet werden. Das muß zur Beurteilung der realen Zukunftsmöglichkeiten der sowjetrussischen Erdölindustrie berücksichtigt werden. Wie in vielen Sowjetdingen, ist offenbar auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens.

vor. Aus welchem Grunde die Gesellschaft ihr Kapital veräußert, ist nicht ersichtlich. Als Grund wird angegeben, daß das bisherige Kapital in keinem Verhältnis mehr zu dem Geschäftsumfang stände.

Weltbank für Staatsanleihen. Ein grandioser Plan des englischen Notenbankpräsidenten.

Der Gouverneur der Bank von England Montague Norman befindet sich gegenwärtig in Washington und soll nach dem „Berliner Börsen-Courier“ über eine Bankgründung verhandeln, die in erster Linie der Krisenbekämpfung dienen soll und zwar im Weltmaßstabe. Beabsichtigt sei die Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, der sämtliche Notenbanken, die führenden internationalen Bankinstitute und die großen Wirtschaftskorporationen der Welt angehören und die ein vorläufiges Kapital von 100 Millionen Dollar erhalten soll. Norman molle bereits am 20. April gelegentlich der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats der B.I. von den vorbereitenden Verhandlungen Mitteilung machen; in der Generalversammlung der B.I. vom 19. Mai waren dann endgültige Beschlüsse zu fassen.

Die Aufgabe des Weltinstituts ist die Vermittlung von Staatsanleihen für solche Länder, die unter starkem Gold- und Kapitalmangel leiden, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, die Kaufkraft der kapitalschwachen Länder zu stärken. Die betreffenden Staaten sollen der Bank Schuldscheine geben; auf Grund dieser Schuldscheine werden dann von der Bank selbst auf den Kapitalmärkten Zertifikate begeben, deren Erlös den betreffenden Staaten zufließt. Man will diese Form wählen, weil es sehr vielen kapitalschwachen Ländern heute vielfach unmöglich ist, selbst mit Anleihen an die Kapitalmärkte heranzutreten, da das Vertrauen fehlt und die politische Unsicherheit in der Welt noch zu groß ist. Man denkt vor allem an die Kapitalzufleitung an Mitteleuropa, Südamerika, Australien und China. In Rußland denkt man noch nicht.

Auf jeden Fall soll die Gründung des Instituts noch in diesem Jahre erfolgen, da die weltwirtschaftliche Situation zu einer Krisenbekämpfung in großem Maße drängt.

9 Proz. Wolldividende.

Vermehrte Exportschwierigkeiten nach dem Fernen Osten.

Die schon von jeher hochrentable Wollwarenfabrik Meckler in Biegnitz kann auch für das am 30. November abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30 mit einer hohen Dividende von 9 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahr aufwarten. Die Betriebsergebnisse gingen von 1,90 auf 1,53 Millionen Mark zurück, zugleich verringerten sich aber auch Unkosten, Steuern und Sozialabgaben um mehr als 20 Proz. auf 1 Million Mark. Bezeichnend für den hohen Aufwandsfuß, für den das Unternehmen auch in der schweren Textilkrise von 1930 arbeiten konnte, ist die Tatsache, daß Reingewinn und Abschreibungen zusammen 28 Proz. des Aktienkapitals ausmachen.

Der Umsatzrückgang im Berichtsjahr ist nach den Erklärungen der Verwaltung hauptsächlich auf den Preisrückgang zurückzuführen. Die anhaltenden Preisfestsetzungen auf dem Rohwollmarkt haben trotz vorsichtiger Einkaufspolitik, die sozusagen den Bedarf von der Hand in den Mund deckte, Verluste nicht vermeiden lassen. Im Exportgeschäft waren es besonders die Länder des Ostens, die äußerste Zurückhaltung im Verkauf erforderlich machten. So läßt die Käuferkraft im Orient, in Indien und China derzeit an Sicherheit zu wünschen übrig, daß die Gesellschaft sich veranlaßt sah den Export nach dem Fernen Osten zeitweilig gänzlich einzustellen.

Die schon immer kläffigen Finanzverhältnisse bei diesem Unternehmen haben sich im letzten Jahr noch erheblich verbessert. Die Bankschulden sind von 950 000 Mark fast gänzlich bis auf 70 000 Mark zurückgezahlt und die übrigen Schulden um weit mehr als die Hälfte von 360 000 auf 220 000 abgedeckt worden. Andererseits werden Forderungen und Bankguthaben mit 1,8 Millionen ausgewiesen, wovon infolge guter Zahlungseingänge zur Zeit ein großer Teil auf Bankguthaben entfällt.

Reichsbahnverkehr bleibt schlecht.

Im Februar 58 Millionen Defizit.

Der Güterverkehr auf der Deutschen Reichsbahn blieb auch im Februar außerordentlich schwach und die arbeitstäglige Wagenstellung blieb sogar noch hinter dem schon sehr schlechten Januar um 0,7 Proz. zurück. Im Vergleich mit dem Februar vorigen Jahres war der Güterverkehr um 16 Proz. geringer. Auch der Personenverkehr blieb im allgemeinen gering, nur nach den Winterportgebieten war er zufriedenstellend.

Die Betriebseinnahmen sanken im Februar auf 281,3 gegen 302,8 Millionen Mark im Vormonat. Hieron entfallen auf den Güterverkehr 178,8 Millionen Mark. Der Rückgang der Einnahmen ist aber im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Februar nur 24 gegenüber den 26 Arbeitstagen des Vormonats aufwies. Die schlechten Verkehrsverhältnisse und der Rückgang der Betriebseinnahmen hat zu weiteren Einschränkungen der Ausgaben geführt. Daher sind auch die Ausgaben der Betriebsrechnung auf 271,6 gegen 292,2 Millionen Mark im Januar gesunken. Gegenüber dem Januar und Februar des vorhergehenden Jahres wurden in den beiden letzten Berichtsmonaten bei der Reichsbahn 33 bzw. 42,7 Millionen Mark eingespart. Trotzdem bleibt auch im Februar ein sehr hohes Defizit von 55,2 Millionen, so daß sich die durch Einnahmen nicht gedeckten Ausgabeverpflichtungen der Reichsbahn in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bereits auf 108,5 Millionen Mark belaufen.

Großhandelspreise im März unverändert.

Die für den Monatsdurchschnitt März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts behielt mit 113,9 etwa den gleichen Stand im Vormonat (114,0). Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 0,8 auf 106,7 Prozent gestiegen, während die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 0,2 auf 106,2 Proz. und diejenige für industrielle Fertigerwaren um 0,8 auf 138,7 Proz. zurückgegangen ist.

Wieder Ausschuß für Roggenmahlung. Der Untersuchungsausschuß für die Roggenmahlung tritt am Mittwoch, dem 22. April, vormittags 10 Uhr, zu einer öffentlichen Sitzung wieder zusammen.

Wirtschaftsbericht aus Oesterreich.

Wenig Silberstreifen. — Arbeiterfeindliche Politik. — Wohnungsbauanleihen.

Wien, 7. April 1931.

Das österreichische Institut für Konjunkturforschung sprach kürzlich in etwas gemüßigter Form von einer leichten Besserung der wirtschaftlichen Lage unserer Republik. Allerdings ist die Aufwärtsbewegung, die in der ersten Hälfte Februar eingeleitet hat, bereits wieder zum Stillstand gekommen und das Institut erwartet wohl mit Recht eine Fortdauer der Depression auf „höherem Niveau“ bis weit in den Sommer hinein.

Die Arbeitslosigkeit hat seit Anfang Januar nicht mehr wesentlich zugenommen. In den letzten Wochen ist die Zahl der Arbeitslosen in Wien ziemlich stark gefallen, sie beträgt Ende März 103 475 Unterstügte. Trotzdem gibt es immer noch um 16 418 Unterstügte mehr als vor einem Jahr, obwohl die Wirtschaftskrise damals schon sehr schwer auf Oesterreich lastete. Die Arbeitslosigkeit vergrößerte sich vor kurzer Zeit eine Statistik der Kurzarbeit. Sie umfaßt nur größere Betriebe, also etwa 15 bis 20 Proz. der beschäftigten Industriearbeiter. Im Januar 1930 waren von 143 906 Arbeitern 80 Proz. normal beschäftigt, nur 2,5 Proz. waren Kurzarbeiter. Im Januar 1931 waren von 115 121 Arbeitern 72 Proz. normal beschäftigt und 21 Proz. waren Kurzarbeiter. (Der Rest sind Ueberstunden.) Man sieht, daß zwar die Kurzarbeit im letzten Jahr stark zugenommen hat, aber doch eine geringere Rolle als im Reich spielt. Die Ursache ist

die mangelnde Eluficht unserer Unternehmer.

die lieber Arbeiter entlassen, um die Sozialbeiträge zu ersparen, als die Arbeiter weiter zu beschäftigen und die Arbeitszeit zu strecken. Ein Zeichen für eine leichte Besserung ist es auch, daß der Index der Rohstoffpreise im letzten Monat um 2 Proz. gestiegen, die Nachfrage also gewachsen ist. Der allgemeine Geschäftsgang ist von 73,3 im Januar auf 74,2 im Februar gestiegen.

Sonst ist fast nur Uebles zu berichten. Die Eisenverföderung, die in Oesterreich ziemlich bedeutend ist, ist wieder gesunken, ebenso die Zahl der offenen Bestellungen in der Eisenindustrie. Recht traurig sehen die Ziffern unserer Ausfuhr aus. Die Ausfuhr ist im Februar zwar gegenüber dem Januar etwas gestiegen, sie ist aber noch immer um ein Drittel geringer als im Vorjahr. Die Rohstoffzufuhr ist gegenüber dem letzten Jahr nur um 10 Proz. gesunken, was immerhin dafür spricht, daß die Lage unserer verarbeitenden Industrie nicht ganz so katastrophal ist, wie man bei der Betrachtung der Ausfuhrziffern glauben möchte. Der starke Fall der Metallpreise hat auch bei uns ein Opfer gefordert. Das einzige Bleibergwerk in Bleiberg-Stein wurde, nachdem man mit der Regierung vergeblich wegen einer Subventionierung unterhandelt hatte, stillgelegt und 600 Arbeiter wurden entlassen.

Der Ausfall der Transporteinnahmen der Bundesbahnen beträgt im Jahre 1930 48 Mill. Schilling, das Defizit wird auf 40 bis 46 Mill. Schilling geschätzt. Der Ertrag der öffentlichen Einnahmen ist auch unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben waren im ersten Monat dieses Jahres gegenüber dem Januar 1930 um 12 Proz. niedriger, die Einnahmen aus der Barerwerbsteuer sind sogar um 20 Proz. gefallen. Die Umsätze des Kleinhandels weisen auch im März eine rückwärtige Bewegung auf.

Die Regierung hat der Entwicklung unmißig zugesehen. Der erste positive Schritt, den sie zur Behebung der Krise getan hat, war

der Vorschlag einer deutsch-österreichischen Zollunion. Die bis jetzt bekannten Richtlinien sind aber noch so vage, daß es verfrüht wäre, auf wirtschaftliche Einzelheiten näher einzugehen; es wird ganz von der Höhe und Art der Zwischenzölle sowie vom jeweils gewählten Zollniveau abhängen, ob die Zollunion, die wir als wirtschaftliche Annäherung begriffen müssen, uns schon in der nächsten Zeit eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage bringen wird.

Die Regierung tut einweisen das ihrige, um die Stimmung der Arbeiterschaft noch zu verschlechtern.

Die Verschlechterungen der eingebrachten Sozialversicherungsgesetze sind eine Kampfansage an die Arbeiterschaft.

Für die ärztliche Hilfe und die Medikamente, die bis jetzt gratis waren, wird eine Behandlungs- bzw. Medikamentengebühr eingeführt, die Familienversicherung wird gedrosselt, der Kreis der versicherungspflichtigen Personen eingeengt, die freiwilligen Mehrleistungen der Klassen werden verboten, die Höhe und Dauer der Entschädigungen der Wöchnerinnen herabgesetzt. Die Arbeiterschaft hat ähnlich harte Kampfszenen wie im Reich. In den letzten Tagen hat die Regierung einen Entwurf vorgelegt, durch welchen die Nachtarbeit in Bäckereien wieder eingeführt werden soll.

Um den privaten Wohnungsbau zu fördern, um den von den Sozialdemokraten propagierten öffentlichen Wohnungsbau zu hemmen und den Mieterschutz zu durchlöchern, hat das Parlament schon vor längerer Zeit eine Wohnungsbauaktion des Bundes beschlossen. Zur Finanzierung dieser Aktion wurde zum ersten Male nach langer Zeit, am 27. März d. J., eine halböffentliche Wohnungsbauanleihe, und zwar in der Höhe von 150 Mill. Schilling, ausgesetzt. Bis zu 60 Proz. der Baukosten sollen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die Gefahr besteht, daß den Wohlhabenden für billiges Staatsgeld jetzt Villen gebaut werden.

Zu den Zollunionsbestrebungen paßt diese arbeitserfindliche Haltung der Regierung sehr wenig. Sie ist nicht geeignet, die schwachen Kräfte des österreichischen Volkes zu vereinen, um gegen alle Widerstände den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland so zu fördern, wie es nötig wäre.

L. S.

Kaffee Hag bleibt bei 10 Proz. Dividende Verdoppelung des Akt.kapitals.

Unbeeinträchtigt von der Konjunktur kann die Kaffeehandels-A.-G. Bremen (Kaffee Hag) ihre in den Vorjahren auf 10 Proz. stabilisierte Dividende auch für 1930 wieder ausschütten.

Der Umsatz der Gesellschaft konnte im letzten Jahr sogar noch gesteigert werden. Wenn der Geschäftsbericht darauf hinweist, daß trotz erheblicher Erhöhung des Kaffeepreises eine zweimalige Preiserhöhung erfolgt sei, so hat sie wirklich keinen Grund, sich damit zu brüsten. Wir wollen vielmehr die Gegenfrage stellen, um wieviel sich die Preise für Rohkaffee ermäßigt haben, ohne daß bis zum Herbst vorigen Jahres die Konsumenten in Deutschland davon etwas zu spüren bekamen.

Die Verwaltung schlägt überraschenderweise eine Verdoppelung des Aktienkapitals von 5 auf 10 Millionen Mark

Svend Fleuron: Wilde Pferde

Unser Gastgeber, ein reicher Brasilianer, hatte uns seine ungeheuren Herden wilder Pferde von edelstem Blute gezeigt und wir konnten uns an dem prächtigen Schauspiel, das diese herrlichen Tiere boten, nicht sattsehen. Höchste Begeisterung stieg aus den Worten der Gäste, die zum Teil wirkliche Pferdekennner waren. Nur einer, ein Russe — ich habe seinen Namen vergessen — fand kein lobendes Wort, ja, mir schien es sogar, als ob manchmal ein leichter, verächtlicher Zug über sein Gesicht zog. Auch der Haziendero mochte das bemerkt haben, denn nun wandte er sich, Anerkennung fordernd, direkt an den Russen:

„Senhor, Sie sagen ja gar nichts. Wahrscheinlich haben Sie noch niemals so eine große und schöne Pferdeherde gesehen.“

Der Russe wendete sich mehr an uns als an den Brasilianer: „Haben Sie schon einmal etwas von einer Tabuna gehört?“ Tabuna, Tabuna? Das Wort stieg uns allen bekannt, doch wir konnten nichts damit anfangen.

Die Stimme des deutschen Professors unterbrach das Schweigen: „Tabunen nennt man die riesigen Wildpferdeherden auf der ukrainischen Steppe.“

„Sehr richtig, Herr Professor, von so einer Tabuna will ich erzählen.“

Wir hatten es uns auf der großen schattigen Veranda bequem gemacht und der Russe begann:

„Mein Vetter hatte mich auf eines seiner ukrainischen Güter geladen. Als ich ankam, war Ostern schon vorüber, und doch lag die Steppe noch in Schnee und Eis erstarrt. Aber der Frühling kam über Nacht. Wie durch ein Wunder war die Ebene plötzlich mit einem dichten, seidigen Grasteppich bedeckt und darüber spannte sich ein wolkenloser, dunkelblauer Himmel. Eine Troika brachte uns zu einem kleinen Hügel, von wo wir die große Tabuna überblicken konnten.“

Es war ein herrliches Schauspiel, diese ruhlose, unzählbare Herde. Die Pferde zogen gruppenweise an uns vorüber, immer zwanzig bis dreißig Stuten mit ihren Fohlen, dicht ineinander gefüllt, von ihrem Hengst überwacht, der abseits graste und mit eifersüchtigen Blicken die Seinen betrachtete. Wenn eine Stute sich spielend entfernen wollte, ein Fohlen sich neugierig einer Nachbargruppe näherte, stürzte er sofort herbei und trieb den Ausreißer energisch zurück. Die Stuten mit den schlaffen Eutern weideten gierig das junge, fette Gras, sie schweigten im Segen nach der Rot des Winters.

Die einzelnen Rudel bildeten eine feste Masse. Ein majestätischer, alter Schimmelhengst umschritt sie in hohen Gängen. Jede Faser an ihm war Rasse, kein königlicher Schauspieler schritt niemals edelger. Das war der Herr der Tabuna, hunderte Kämpfe hatten

ihm die Herrschaft erstritten, ein Veteran der Schlacht und der Liebe. Zuweilen jagte er mit gesenkter Stirn über den elastischen Boden, sprang auf einen Hügel und ließ seine weiße Mähne wie eine Standardie im Winde flattern. So stand er da und stieß ein schmetterndes Gemäuel aus, das die Morgenstille durchgellte. Dann standen alle Pferde wie gebannt und antworteten ihrem Gebieter.

Da erregte die Erde vom Gestampfen einer sich nähernden Herde. Wie ein Wirbelwind kam es näher, Dröhnen, Schnauben, Wiehern und Stampfen. Eine andere, noch größere Tabuna war es, die mit Sturmgeschwindigkeit anbrannte. Auf Reiten hatte sie die Rudel gemittelt. Die Angegriffenen standen im Nu in einer Kampffront, die Hengste in der ersten Linie, die Fohlen nicht bei ihren Müttern, die die zweite Linie bildeten, sondern bei den tragenden, nicht kampffähigen Stuten. Die heranbrausende Flut mußte sich an dieser Mauer brechen. Doch die fremde Herde stand plötzlich, wie auf ein Kommando, still.

Nur ihr Führer trat vor, ein junger, riesiger Kapphengst. Er bäumte sich, bleckte das Maul und schlug den Boden ungeduldig mit den Hufen; ein stolzer, edler Kämpfer. Der Schimmel erwartete ihn mit vorgestrecktem Hals —, in seiner gepeinigten Magerkeit ähnelte er einer Giraffe.

Jugend und Kraft stieß auf Erfahrung und Wildheit. Lange Zeit sahen sich die beiden Widerlächer grimmig an, dann ging der Tanz los. Rinnbächen trachten, eisenharte Hufe hämmerten, Wulfschreie der Kämpfer erfüllten die Steppe. Hatte der Kapp auf die Härte seiner Vorderhufe gebaut, so vertraute der Schimmel seinem oft erprobten bleckenden Gebiß. Der Kapp sprang hoch und trat mit ganzer Gewalt die Brust seines Gegners. Der Weiße biß sich im Sturze fest und riß den Schwarzen zu Boden. Dann war alles still. Langsam verblutete der Kapp, es dauerte lange, bis der Schimmel sich zitternd erheben konnte, um ein schwaches Triumphgemäuel auszustößen. Dann sank auch er, für immer, um.

Und nun kam das Gräßliche. Die jungen Hengste der beiden Herden drängten herbei; nicht um zu kämpfen, nein, sie überfielen mit raschedürstiger Wut die gefallenen Führer, die sie seit Jahren mit harten Schlägen und Bissen regiert und ihnen gewiß oft die schönsten Stuten genommen hatten, und zerstampften die zuckenden Körper.

Ohne Gegenwehr, ohne Klage fielen die Führer. Dann trennten sich die beiden Tabunen.

Sehen Sie, Senhor, wegen diese Pferde sind Ihre wildesten Hengste zahme Lämmer. Machen Sie doch kein so finstres Gesicht, es mögen ja einige ganz annehmbare Säule darunter sein; aber natürlich eine Tabuna ist ihre Herde noch lange nicht.“

(Deutsch von S. Ederstein.)

Gerhart Stermann Mostar:

Die wahre Geschichte von Feng, dem Bettler

Groß ist das Reich der Mitte, es ist das größte Reich der Erde: es zählt zu seinen Söhnen Menschen, die frieren im Eiswind Sibiriens, und wiederum Menschen, die dörren in der Sonne Indiens. Es gibt Hunderte in Kanton, die goldene Dächer haben auf ihren Palästen, und Hunderttausende in Schenfi, die verhungern an einer einzigen Wähernte. Mehr als dreihundert Millionen aber gibt es, die nicht reich sind als die Leute von Schenfi und vielleicht morgen verhungern werden; und doch ist einer in China, der ist ärmer, der ist der Ärmste dieser Welt, weil er einst aller Reichen reichster war. Das ist Feng, der Bettler.

Er veräußert nicht, seines vergangenen Reichtums zu erwähnen, wenn er um Reis und Wasser bittet, oder wenn er die selbstgemalten Glasbildchen verkauft. Die Bildchen sind hübsch, viel Kunstfertigkeit ist auf sie verwandt und viel Liebe, und meist stellen sie Schlachten dar; Schlachten, nicht aus der bunten Zeit der Mikados, sondern aus der grauen der Generale, die das Ende des großen Sunpatzen antraten und es in eben diesen Schlachten, die Feng darstellt, verlor. Die Bauern und Hirten, die für ein Weniges solche Glasplättchen kaufen, schütteln die kahlen Häupter, die nun keinen Jopf mehr tragen dürfen, und senden Seufzer in die böse Zeit, die rings um sie ist mit Hunger und Krieg und Krankheit. Manchmal erzählt ein Alter von seinen Söhnen, die auch dabei waren, bei irgendeinem der Generale, und nicht wieder kamen. ...

Dann lauscht der Bettler Feng auf und streicht erregt seinen schütterten, langen Bart: „Bei welchem General waren sie denn, Väterchen, bei welchem wohl?“

Manchmal heißt die Antwort: „Bei Tscheng“; manchmal nennt sie einen anderen, der mächtig ist, im Norden oder im Süden; zuweilen aber sagt der Alte auch: „Bei General Feng, dem Christen.“

Und dann sagt der Bettler Feng leise: „Da war ich auch.“

„Bist du auch zu Fuß gewesen, wie mein Vetter?“

„Nein.“

„Oder zu Pferd, wie mein Jüngster?“

„Manchmal... aber meist bin ich gefahren, in den seltsamen Wagen, weißt du, Alterchen, die sich aus sich selbst bewegen... Ach, was war das doch für eine Zeit, vor einem armseligen Jahre noch... ah, den Boden dieser Straße, auf der ich hier stehe, habe ich nie gesehen, so viel Soldaten gingen darauf... die Stille, die jetzt um uns ist, habe ich nie vernommen, so viel Lärmen war ringum aus Stimmen der Menschen und Stimmen der Gewehre... diese Luft habe ich nie geschmeckt, so viel Rauch von Schüssen und Bränden füllte sie aus...“

Zuweilen verwundert sich so ein Alter über die Erregtheit des Bettlers Feng oder darüber, daß dieser Verklümmte, dieser Verwahrloste in einem der stolzbaren und unheimlichen Wagen gefahren sein will... meist aber schüttelt er nur in der Bewögnung klagender Gebärde den Kopf, er ist stumpf geworden vor Grauen, stur und stumpf... und sagt: „Ja, es war eine böse Zeit...“

Doch hat der Bettler Feng den Seufzer wohl gar nicht gehört; er hat ein Bildchen hervorgezogen und weist es vor, und seine schmutzigen Finger wischen über die Figuren: „Siehst du den hier, der hier steht zwischen den weißen Christen aus dem Westen? Das ist der General Feng, der so viel Siege ersiegte... Oh, das war ein großer Mann, er hat China befreit, er hatte es schon befreit, er war weithin berühmt, in aller Welt berühmt, die großen Zeitungen in Europa und Amerika zeigten denen, die sie lasen, sein Bild, ganz groß... aber freilich, du weißt ja nicht, was Zeitungen sind, und was Europa ist und Amerika... Aber was dieser Rast hier an der Straße bedeutet und die Drähte, die er hält und dem nächsten Rast zuführt und immer so fort, bis Kanton und weiter, was die bedeuten — daß da Stimmen hindurchgehen, die einer abspricht in Kanton und einer anhört in Kanton, im gleichen Augenblick — das weißt du doch? Siehst du, die Stimme des Generals Feng ist all diese Drähte entlanggeschossen, alle haben sie ihn gehört, die Drähte, alle ihm gehorht, die Söhne der Mitte, und die Weissen haben gemettefert, ihn zu befehlen, und er hat's nicht billig gemacht, der christliche General Feng!“

Pflichtig hält der fast Verzückte inne. Eine Rote steigt ihm

unter die zerfaltete Bekhaut, sein Gesicht wird ganz dunkel. Seine Gedanken schreien in ihn hinein: Du Echo, du dünnes dürftiges Echo einstiger Größe — schämst du dich nicht, um ein dichten Bewunderung zu betteln bei diesem Rast, den du vorgestern mit einem Väterlein hättest erschließen lassen. ...

Aber die Hemmung ist kurz, dann den Durst nach Ruhm, nach dem ärmlichen Fengs Ruhm nicht mehr löschend... er packt den Alten am zerfetzten Tuch über der Brust, so, wie man als Offizier wohl einen Untergebenen an den Reversen der Uniformjacke packt, mit beiden Händen... er schüttelt die flache Brust da vor ihm hin und her und schreit: „Weißt du, wo er ist? Er steht vor dir, der General Feng, er steht vor dir!“

Der Alte sinkt an Fengs Fäusten vorbei zu Boden, in die Knie, winselt etwas, wohl eine Bitte um Gnade —

Und der General Feng erschrickt. Er hat sich vergessen. Er ist ja der Bettler Feng, Einer, der wehrlos ist, den man verraten kann, verraten an Tschang, der die Nacht hat. Einer, der sich nun in die Hände dieses Alten gab. Aber der liegt noch immer und zittert. Da redet es weiter aus Feng:

„Du kannst ruhig aufstehen, Alterchen. Wirft mich doch nicht

verraten, he? Siehst du, ich bin doch nichts als der Bettler Feng, wirklich nichts. Ich gehebaren Fußes die Straßen, die gestern noch meine Truppen marschierten, meine Wagen fuhren, ich beuge mich vor dir, der dich gestern noch vor meinen Kanonen vertrat. Ich bin ohne Macht, ich bin vogelfrei, die anderen haben mich verraten, wie ich auch sie verriet, aber sie verstanden das Verraten besser... nun habe ich Lumpen am Leib und einen Bart im Gesicht, nun male ich Glasbildchen, da male ich meine Siege darauf und lasse sie mir bezahlen... So unglücklich bin ich; willst du mich nicht trösten, da du doch alt und also weise bist...“

Aber der Greis schweigt, er ist ein Armer, er ist nur alt und gar nicht weise; etwas geht ihm durch den alten Kopf von oftmals gehörter Weisheit anderer: an zufriedene Bettler denkt er, denen er schon begegnete, die dieser Welt Eitelkeit erkannt hatten, wie General Feng sie erkannt haben mußte, und die im Nichtshaben und Nichtswollen das Glück gefunden hatten, das Glück und den Frieden. So mochte auch dieser hier, der so viel Krieg gebracht hatte, den Frieden finden auf den Straßen, deren es viele gibt im Reich der Mitte, viel und schwere und schöne... so etwas Rehnliches geht also dem Alten durchs schmerzende Hirn, aber er kann es nicht ausdrücken, und er schweigt.

„Du weißt also keinen Trost, Alter... Dein Trost wäre wohl auch zu alt für mich. Denn ich habe ja Arme, Hirn, Kraft... noch weiß ich mich selbst zu trösten, Alterchen! Siehst du, ich ziehe meines Weges, einsam, arm, aber ich werde mir überall Freunde, auf den Straßen, in den Hütten. Ich will der General der Armen werden, verstehst du? Ich habe ein Herz für euch, immer gehabt, jawohl! Noch eine ganze Zeit werde ich so umherziehen... noch eine lange Zeit... aber eines Tages werde ich rufen über alle Straßen in China und in alle Hütten... und dann werdet ihr alle kommen, alle zu mir kommen und euch um mich scharen und meine Soldaten sein, und ich bin wieder der christliche General Feng, und der Bart wird weg sein und das Gesicht und das Bettlerum, und auf diesen Straßen, die ich jetzt schleiche, werden wieder die Stiefelschritte meiner Armee hallen, und die Dörfer werden brennen und Krieg wird wieder sein, herrlicher Krieg, und ein Sieg wird kommen, ein Sieg über die Herren in Kanton und über alle meine Feinde...“

Der Bettler Feng geht während seiner Worte weg von dem Alten, sein Schritt ist weit und wie berauscht, seine schmalen Augen sehen ein weites, lodernendes Schlachtfeld...

Der Greis sieht ihm nach, und ein Satz wird klar inmitten all seines wirren Denkens: daß dieser Mensch doch unglücklich ist, immer unglücklich bleiben und immer unglücklich machen wird; daß er vielleicht noch einmal siegen wird über die anderen Generale, aber nie über einen: nie über den General Feng... Und doch wäre dieser Sieg der einzige, der des Kampfes wert wäre.

Durch die Zeitungen Europas aber ging in den letzten Tagen diese Notiz:

„Der berühmte christliche General Feng wandert seit einiger Zeit als Wandstreicher durch China. Angeblich lebt er vom Verkauf seiner Glasmalereien, die er mit künstlerischem Geschmaack ausführt. Er haust meist bei Kulis und Kleinbauern, denen er sich gern zu erkennen gibt, und hofft, mit ihrer Hilfe eine neue Armee aus dem Boden stampfen zu können.“

Die Umschiffung der Antarktis. Die Geographische Gesellschaft in Oslo erhielt kürzlich die Nachricht von der Norvegia-Expedition, daß von ihr die Umschiffung des ganzen antarktischen Kontinents vollendet worden sei. Am 7. Februar lag die Norvegia, die sich auf 60 Grad 25 Minuten nördlicher Breite und 25 Grad 5 Minuten östlicher Länge befand, das Eis weiter nach Süden treiben, während die bisherigen Karten an dieser Stelle des Barhandensfelds einer Eisbarriere oder von Land anzeigten. Die Weltkarte über die Antarktis liegt also an dieser Stelle weiter südlich als auf den Karten normiert, aber wie weit, konnte die Expedition nicht feststellen, da sie weiter ostwärts fahren mußte.

Medizin für Blumen. Es ist sehr wenig bekannt, daß es sich in manchen Fällen empfiehlt, Blumen mit Medizin zu behandeln. Süddeutsche Stummzüchter haben zum Beispiel neuerdings festgestellt, daß manche Schnittblumen durchaus günstig auf Aftirin und ähnliche Mittel reagieren. Eine halbe Tablette, in Wasser aufgelöst, soll bewirkt haben, daß große Chrysanthemem, die bereits anfangen zu welken, wieder vollkommen frisch werden.

Ein zweites Rom. Die Italiener wollten 1870 ein neues zweites Rom, 15 Kilometer vom alten entfernt, bauen.

Ela: Böhmisches-Rixdorf

Eine Gans watschelt behäbig über den Hof, auf dem Misthaufen formen sich die Hühner, im Stalle liegen schwarzweiße Kühe auf der Streu. Ringsum träumen einstöckige Bauernhäuschen mit hohen Giebeln und bunten Fensterläden, mit sorgsam gepflegten Gemüsegärten und kleinen Reihen von Obstbäumen. Über allem aber leuchtet der lange, weiße Bau einer Kirche mit Glockentürmchen als Wächter und Beherrscher der dreihundert Menschen dieses Dorfes.

Ein Dorf? Wir sind doch mitten im südlichen Berlin, gingen eben über glatten Asphalt, an hohen Miethäusern vorbei, umtutet von Autos, umringelt von Straßenbahnen — und nun, wie mit einem Jauber Schlag, ist die Weltstätt verschwunden, wir sind plötzlich auf dem Lande: im „Böhmisches Dorf“.

Am Eingang steht ein Denkmal; herrlich und starr steht der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. auf dem Sockel, im Siegesallee-Stil des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts. Aber die Geschichte des Böhmisches Dorfes und dieses Denkmals beginnt Jahrhunderte früher — mit Johann Hus.

Hus, der erste große Kirchenrevolutionär des ausgehenden Mittelalters, war vom Klerus mit dem Feuertode bestraft worden. Aber seine Ideen und Lehren lebten weiter; die Sekte der „Brüderunität“ sammelte seine Anhänger, verfolgt und gemartert durch die Inquisition. Nur ein kleines Häuflein von Gläubigen rettete sich hinüber in liberalere Zeiten. Im Anfang des 18. Jahrhunderts verließen sie ihre ungeliebte Heimat Böhmen und zerstreuten sich in alle Welt; der Haupttrupp zog nach Sachsen und gründete dort die vor kurzem zur Stadt ernannte „Gemeine“ Herrnhut; ein zweiter Zug kam bis nach Preußen und fand bei Friedrich Wilhelm wohlwollende Aufnahme — es galt, die mager bestedelte Mark zu bevölkern. Der König schenkte den Böhmen ein Stück Land; so entstand vor den Toren Berlins im Jahre 1756 die „Brüdergemeine“ Böhmisches-Rixdorf.

Rahezu unberührt hat sie sich durch dreihundert Jahre erhalten: als Dorf mit eigenem Grund und Boden, mit dem traditionellen Glauben seiner Bewohner. Noch heute ist der Ritus ihres Gottesdienstes, die älteste noch bestehende evangelische Religionsausübung, der gleiche wie damals; im Kirchengebäude wohnt in seinen Ausräumen der Prediger, weltschmerz und weisheitsartig wie sein erster Vorgänger; der Friedhof besteht aus gleichmäßig einfachen Steinsteinen, und die Kirche, in bewohnter Absonderung von allem Düstern und Rüstigen, ist nichts anderes als ein besser, freudlicher Versammlungsort, von allen Seiten den Strohen der

Sonne zugänglich; es gibt hier keine Kanzel, keine Ornamente, keine Altäre, keine Heiligenbilder. Hier ist alles Ausdruck der schlichten und großen Idee ursprünglicher christlicher Gemeinschaft, unbeschwert von kultischem Ballast — der Idee ehrlicher und einfacher Brüderlichkeit, durch die Jahrhunderte getragen vom starken Glauben einiger hundert armer Emigranten.

In Herrnhut befindet sich die Zentrale dieser kleinen „Internationalen“ der Brüdergemeinden in aller Welt. Alle zwei Jahre kommen die Abgesandten der 50 000 Brüder in Amerika, Asien, Schweden, Holland und England nach Herrnhut, um hier ihre „Direktiven“ zu empfangen und Rat zu halten. Selbst, daß diese kleine Gemeinschaft nicht schon längst von ihren Gostrollern absorbiert worden ist; daß dieses böhmische Dorf mitten in Berlin noch nicht von seinen Bewohnern verlassen, daß es der lodenden Weltstadt vorgezogen wurde; daß es noch nicht überspült wurde von der grauen Welle der Mietkasernen, sondern still und verträumt, in unerschütterlicher Ruhe, den ringsum lobenden Lärm nicht zu beachten scheint. In der Kirchgasse hämmert Jansa, der Dorfschmied; Frau Marek hilft der Frau Spohar, die Wäscheleine vom Zaune nach der Tenne zu ziehen; Herr Kamec sitzt vor seiner Tür in der Gärtnersstraße und raucht die langstielige Pfeife von Anno Tabak... Am Osterfest, morgens um fünf Uhr, bewegt sich alljährlich seit Bestehen vom Böhmisches-Rixdorf der lange Zug aller Gläubigen durch die schmalen, ungepflasterten Straßen: in feierlichem Schwarm die Männer, in festlichem Weiß die Frauen. Auf dem Friedhof stellen sie sich in weitem Rund auf und beten nach uralter Sitte die Osterlitanei. Es ist der heiligste Tag ihrer Religion, deren geistiger Sinn nicht Leid und Dunkel, sondern Heiligkeit, Auferstehung und Frühling ist. Vielleicht, ja wahrscheinlich ist es in diesem Jahre das letzte Mal, daß in Böhmisches-Rixdorf dieses Osterfest gefeiert wird. Im nächsten Jahre beginnen vielleicht schon die Bauernhäuschen zu verschwinden, die Menschen des Dorfes im Millionenheer der Weltstadt unterzugehen... Berlin will — so sieht es der städtische Bauplan vor — seinen blauen Kindern hier eine riesige Grünfläche schaffen, und die Geseße geben ihm die Nachmittage in die Hand, um die Brüdergemeine zum Verkauf zu zwingen. Ein einziger Zeuge des Osterdorfes wird zurückbleiben und an die Geschichte dieses kulturellen Kuriosums erinnern: das Standbild des fürstlichen Gönners mit seiner Inschrift, die dann ihren letzten Sinn verloren haben wird: „Dem ostriba holubiku“ — „Der Gänse beschirmt das Täubchen“...